Donnerstag, 27. Juli 1922. | Einzelnummer 20 Mark | 61. Jahrgang. Nr. 166.

# Posener Tageblatt
## (Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 400.—
in den Ausgabestellen 425.—
durch Zeitungsboten 450.—
am Postamt . . . . 440.—
ins Ausland 50 deutsche Mark.

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110. 3249.

Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . . 60.—M. Reklameteil 180.—M.
Für Aufträge aus Deutschland . 4.00 M. im Reklameteil 12.—M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Posen.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die Bilanz vom Haag.

In der Schlußsitzung der Haager Konferenz führte Patijn aus, daß Litwinow mit Recht gesagt habe, es beständen zwei Welten, die russische und die nichtrussische. Herr Patijn führte aus, er habe sich im Haag noch mehr wie in Genua darüber Rechenschaft gegeben, wie augenblicklich der geistige Zustand dieser beiden Welten zu verschieden sei, als daß sie sich verstehen könnten.

Ein charakteristischer Unterschied beider Welten liegt vielleicht zum Teil in der Rassenverschiedenheit, d. h. in der besonderen Eigenart des russischen Charakters. Indessen ein erheblicher Teil der Sowjetvertreter (Lenin und Tschitscherin allerdings nicht) gehörten ja einer Rasse an, welche in ganz Europa in den maßgebenden Kreisen, zum Teil auch unter den Staatsmännern, vertreten ist. Der Hauptunterschied zwischen der russischen und der spezifisch westeuropäischen Auffassung ist vielmehr der Begriff des Privateigentums. Schon in Genua wurden die meisten Debatten und Sitzungen mit den Russen durch die Frage des Privateigentums in Rußland veranlaßt. Wie in Nr. 109 unserer Zeitung vom 17. Mai d. Js. ausgeführt, ist für die westlichen Völker die Heiligkeit und Unverletzlichkeit des Privateigentums eine Grundlage jedes Staates.

Diese westeuropäische Auffassung drückt die auf der Haager Konferenz gefaßte Resolution Cattier aus. Eine bloße Phrase ist es, wenn der englische Pressechef erklärt, es handle sich hier keineswegs um eine gegen Rußland gerichtete feindselige Erklärung, sondern nur um den Ausdruck der moralischen Überzeugung Europas inbezug auf die Heiligkeit des Eigentums. Was nützt eine solche Verwahrung, wenn eben diese Heiligkeit des Eigentums von Rußland nicht nur nicht anerkannt, sondern geradezu mit Füßen getreten wird, ja wenn die Lehre: „Eigentum ist Diebstahl“ geradezu als Wahlspruch der Sowjetregierung bezeichnet werden kann. Wenn man dies berücksichtigt, so ist eine Versöhnung unmöglich. Die Kommissare halten krampfhaft an diesen Grundsätzen fest, mögen auch die Ereignisse und die Entwickelung der russischen Wirtschaft ihnen noch so sehr Unrecht geben.

Man sprach eine Zeitlang viel von der „Nepo“, d. h. der neuen Wirtschaftspolitik Lenins (Siehe Wirtschaftsztg. des „Pos. Tagebl.“, Beilage zu Nr. 129 vom 11. Juni d. Js.). Diese neue Wirtschaftspolitik sollte eine gewisse Revision des schroff kommunistischen Standpunktes darstellen. Vor allem strebte Lenin die Erleichterung des Außenhandels an. Indessen hat diese Neuorientierung bisher keine großen Erfolge gezeitigt. Daran ist vor allem schuld das mangelhafte Funktionieren aller staatlichen Organisationen. Untergeordnete Stellen erkennen die Bestrebungen der Zentralleitung nicht an und setzen ihr unüberwindliche Schwierigkeiten entgegen. Besonders das Außenhandelskommissariat lähmt durch seinen bürokratischen Betrieb die ganze Wirtschaft. Man behauptet, das Außenhandelsmonopol sei die letzte Festung des Kommunismus, die man dem Kapitalismus nicht überlassen könne. Ebenso halten sich die russischen Handelsdelegationen im Auslande für unentbehrlich. So müssen z. B. alle Geschäfte, die von russischen Organisationen und Kaufleuten auf der im August stattfindenden Königsberger Herbstmesse abgeschlossen werden, von der Handelsdelegation in Berlin genehmigt werden. Diese hat sogar die Absicht, eine besondere Kontrollstelle in Königsberg zu diesem Zwecke einzurichten. Kürzlich fanden Verhandlungen statt, betreffs des Ausbaues des Petersburger Hafens. Die deutschen Industriellen, mit denen man hierüber verhandelte, erklärten sich bereit zur Ausführung unter der Bedingung, daß Petersburg zu einem Freihafen gemacht werde. Dies lehnten die Sowjetvertreter jedoch ab, da die Ausbeutung des Hafens einzig und allein dem Staate, d. h. eben den Sowjets zustehe. Immerhin ist durch die Stellungnahme Lenins den Gegnern des Außenhandelsmonopols der Rücken gestärkt worden. Die Handelskammer, die Kaufmannschaft, die Börsen und die Genossenschaften laufen Sturm gegen die zwangswirtschaftlichen Tendenzen und das selbstherrliche Gebaren der Staatsbank. Hierbei finden sie Unterstützung sogar bei einem Teile der Kommissare. Infolge des Widerstandes des größten Teiles derselben ist jedoch die Regierung wie auch die Kaufmannschaft auf fortwährende Kompromisse zwischen zwangswirtschaftlicher und liberaler Haltung angewiesen.

Kürzlich kehrte der Vertreter einer der einflußreichsten Industriegruppen Deutschlands nach mehrmonatigem Aufenthalt in Rußland zurück. Auf der Durchreise gewährte er in Riga einem Vertreter der lettländischen Presse eine Unterredung. Dieser Herr äußert sich sehr pessimistisch über Rußland. Den Machthabern im Kreml sei die Einladung nach Genua und der Abschluß des Rapallo-Vertrages, sowie der Wettlauf um die Konzessionen in Rußland gewaltig zu Kopf gestiegen. In persönlichen Unterredungen mit ihm hätten die gegenwärtigen Leiter der russischen Politik kein Hehl daraus gemacht, daß sie jetzt endlich einen offenen Weg nach dem Westen für ihre bolschewistischen Ideen sähen. Rußland denke gar nicht an den Wiederaufbau, wie groß auch die Not, die Bedürftigkeit und der Verfall seien. Alles Geld werde für Propagandazwecke verbraucht. Die Vertreter der deutschen Industrie hätten die schlimmsten Erfahrungen gemacht, denn die Räteregierung halte Verträge nur dann, wenn es ihr paßt. Der größte Teil der Betriebe, die man hoffnungsvoll in Gang gesetzt habe, sei wieder zum Stillstand gelangt. Auf Kredit gegebene Ware müsse unter allen Umständen als verloren betrachtet werden. Man könne in Sowjetrußland wohl abenteuerliche Luftgeschäfte abschließen, von regelrechten wirtschaftlichen Aktionen oder Wechselbeziehungen könne aber keine Rede sein. Ebenso pessimistisch urteilt auch die bolschewistische Wirtschaftszeitung „Ekonomitscheskaja Shisn“ über die Lage der russischen Wirtschaft.

Man sieht also, daß in Wahrheit der kommunistische Gedanke das A oder O der Räteregierung bleibt. Wegen der in diesem Jahre besonders dringenden Notstände hat man nach außenhin den Gedanken der Propaganda etwas weniger betont. Man hoffte von Westeuropa Kredite zu erhalten und verhehlte deshalb seine wahren Absichten. Aber Westeuropa will, ehe die Kreditfragen und die Mithilfe am Wiederaufbau Rußlands überhaupt erörtert wird, zuerst Zugeständnisse Rußlands bezüglich Anerkennung seiner Verpflichtungen. Das nationalisierte Privateigentum soll den beraubten Besitzern wiedergegeben und die finanziellen Verpflichtungen der früheren Regierungen anerkannt werden. Niemals aber kann Rußland ehrlicherweise diese Verpflichtungen anerkennen, niemals kann es sich schuldig bekennen des Raubes an Privateigentum. Der Kommunismus steht und fällt mit der Abschaffung des Privateigentums. Würden die Sowjets diesen Grundsatz opfern, so würden sofort die anderen sozialistischen Parteien — denn die bürgerlichen gibtes innerhalb Rußlands nicht mehr — ihr Haupt erheben und den Bolschewisten vorwerfen: Also deshalb ist das Blut geflossen, deshalb hat die Tscheka mit Samuilow, Sinowjew und anderen Bluthunden an der Spitze gewütet, damit Ihr, sobald es nötig, Eure Lehre verleugnet. Was ist denn dann unser Verbrechen, weshalb verschmachten wir im Kerker, weshalb ist das Blut unserer Genossen verspritzt worden?“

Es ist ganz klar: mit dem Kommunismus steht und fällt das Kommissariatswesen. Rußland ist, wie es scheint, rettungslos den Klauen des Asiatismus, des seelenmörderischen, allausgleichenden, jeden Unternehmungsgeist tötenden Kommunismus verfallen. Und sobald es sich von der jetzigen wirtschaftlichen Depression erholt hat, wird der Größenwahn, der phantastische Utopismus der Kommissare von neuem sich mit voller Kraft auf die Weltpropaganda werfen. Die gesellschaftliche Gleichstellung in Genua hat das Selbstbewußtsein der Kommissare gehoben. Die Bewunderung für Tschitscherins Frack, der Händedruck eines Erzbischofs, der Zutrunk eines Königs ließen den Bolschewisten den Kamm schwellen. Es erschien aussichtsvoll, Europa zu prellen, durch Feilschen nach ostjüdischer Art, durch endloses, dialektisch verblüffendes Hin- und Herreden zu überlisten. Man hoffte zuversichtlich, Handelsvorteile, eine Anleihe und vor allem die größten Chancen für die Propaganda zu erlangen. Wenn auch Frankreich einen sehr ablehnenden Standpunkt einnahm, so fehlte doch ein General, wie der deutsche General Hoffmann, der in Brest-Litowsk 1917 auf den Tisch schlug und hinter dem ein Millionenheer stand. Irgendwelche Sorge vor Waffengewalt braucht die Sowjets ja nicht anzufechten. Jeder Ansturm ist bisher gescheitert. Durch den Waffenstillstand wurden 1918 die deutschen Heere ohne einen einzigen Schuß gewissermaßen hinweggewischt. Die späteren Bemühungen bürgerlicher Generale, eines Denikin, Koltschak, Judenitsch und — dies war wohl der gefährlichste Angriff — eines Wrangel, den Frankreich vortrieb, um Polen zu entlasten, und dann wieder blitzartig zurückzog, wie eine Schachfigur, sind sämtlich gescheitert. Auch Polen glaubt man Respekt eingeflößt zu haben, durch den Vorsturm, der an dem Tage seinen Gipfelpunkt erreichte, als um Radzymin bei Warschau gekämpft wurde. Vielleicht glückt es noch — so meinen die Kommissare —, das alte bourgoise Europa zu übertölpeln und die allgemeine Anerkennung, sowie einen Kredit herauszuschlagen. Aber freilich: die Westmächte, durch ihren Sieg gehärtet, waren zu schlau. Die Mitleidsoffensive anläßlich der Hungersnot — die den Kommissaren sehr gelegen kam, da sie Millionen von unbequemen Elementen bändigt und aus dem Wege schafft — hatte nur geringen Erfolg, und statt der Gewährung eines Kredits verlangte man Anerkennung der Schulden und das Versprechen von Reparationen für die geschädigten Ausländer. Als Rußland zögerte, hierauf einzugehen, wurden die Vertreter der Westmächte ungeduldig und brachen die Verhandlungen im Haag kurzerhand ab.

Kein Tieferblickender wird sich durch die schönen Reden, durch das arrangiert wohlwollende Benehmen der parfümierten

## Die Kabinettskrise ohne Ende.

Auch der gestrige Tag brachte, wie die vorangegangenen Tage, nur — Enttäuschung. Enttäuschung, weil infolge der Machenschaften der Nationaldemokraten noch immer nicht die Entscheidung getroffen ist, die für die Geschicke Polens von höchster grundlegender Bedeutung ist, Beratungen ohne Ende . . .

Am Dienstag 10 Uhr vormittags traten die Mittelparteien — der Verfassungsklub, die Bürgerliche Vereinigung und die Katholische Volkspartei — zusammen, um ihren Standpunkt zu vereinheitlichen. Der Verfassungsklub und die Katholische Volkspartei sollen eine schwankende Tendenz gezeigt haben. Der Abg. Głąbiński brachte im Namen des Nationalen Volksverbandes einen Antrag folgenden Inhalts ein: „Der Sejm fordert den vom Hauptausschuß designierten Ministerpräsidenten W. Korfanty auf, sich erneut an den Staatspräsidenten zwecks Unterzeichnung der Ernennungserlasse der von ihm gebildeten Regierung zu wenden.“ Die Abgg. Skulski, Rosset und Matakiewicz nahmen einen Antrag an, der ihren Parteien vorgelegt werden soll, damit diese sich darüber verständigen, ob sie sich mit den Postulaten des Nationalen Volksverbandes solidarisieren. Dagegen erklärten die Vertreter des Verfassungsklubs, daß sie, wie ihrerseits oftmals betont wurde, keine Aktion unterstützen werden, die eine Krise auf dem Posten des Staatspräsidenten hervorrufen könnte. Sie sind auch im Sinne dieser Erklärungen bevollmächtigt, sofort alle Anträge dieser Art abzulehnen. Unmittelbar darauf hielten die einzelnen Zentrumsparteien ihre Sitzungen ab. Der Nationale Volksverband, die Bürgerliche Vereinigung und die Matakiewicz-Gruppe erklärten sich für den Antrag des Nationalen Volksverbandes. Diese Parteien gehen, wie aus den Verhandlungen der letzten Tage zu ersehen ist, gemeinsam mit den Rechtsparteien. Eine völlig andere Entschließung wurde in der Sitzung des Verfassungsklubs angenommen, der eine Unterstützung des Antrages des Nationalen Volksverbandes kategorisch ablehnte. Der Nationale Volksverband, der hierdurch entmutigt wurde, beschloß, die ganze Angelegenheit auf des Messers Schneide zu stellen, und änderte daher die Fassung seines dringenden Antrages im letzten Moment. Zu Händen des Marschalls wurde deshalb ein Antrag eingebracht, **der die Forderung stellt, daß der Sejm dem Staatspräsidenten sein Mißtrauensvotum aussprechen solle.** Dieser Antrag wird in der heutigen Plenarsitzung des Sejm geprüft werden. Der Nationale Volksverband, der genau wußte, daß er für seinen Antrag nicht die Mehrheit erzielen werde, brachte ihn darum ein, um die Liquidierung der Krise zu verschleppen. So konnte auch von einer Präsidentenkrise am Dienstag keine Rede sein. Wahrscheinlich wird sich die Lage infolge dieses Antrages entgegen den Absichten der Nationaldemokraten heut klären, da man mit einer Ablehnung des Antrages rechnen muß.

### Der Termin der Sejmwahlen.

**Warschau**, 26. Juli. Gestern fand eine Sitzung des Verfassungsausschusses statt. Der Ausschuß beschloß auf Antrag des Abgeordneten Lutosławski einstimmig, den Staatspräsidenten zu ersuchen, die Wahlen zum Sejm für den 29. Oktober, für den Senat für den 5. November auszuschreiben. Die nächste Sitzung findet heute statt. Auf der Tagesordnung steht an zweiter Stelle die Aussprache über die Änderung des Beschlusses vom 16. und 17. Juni.

### Ein Brief des Ministerpräsidenten Śliwiński an den Sejmmarschall.

**Warschau**, 26. Juli. Zu Händen des Sejmmarschalls ging ein Brief des Ministerpräsidenten Śliwiński ein, der vom 22. d. Mts. datiert ist. Sein Inhalt ist folgender: „An den Marschall des verfassunggebenden Sejm in Warschau! Im Einvernehmen mit dem Beschluß des Ministerrates vom 21. d. Mts. habe ich die Ehre, den Herrn Marschall um Einbringung eines Antrages im Plenum des verfassunggebenden Sejm zu bitten bezüglich einer Bevollmächtigung des Finanzministers zur Aufnahme einer Anleihe durch die Polnische Landesdarlehnskasse in Höhe bis zu 270 Milliarden Mark, einer weiteren Emission von Schatzscheinen bis zu 240 Milliarden Mark, außer den Schatzscheinen, die auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 26. März 1920 herausgegeben wurden. Zugleich bitte ich den Herrn Marschall, ebenfalls in der Plenarsitzung des verfassunggebenden Sejm mit möglichster Beschleunigung die Bestätigung der internationalen Verträge einzubringen, und zwar: des deutsch-polnischen Grenzvertrages vom 29. April d. Js., 2. des oberschlesischen Amnestievertrages, der am 20. Juni d. Js. zwischen Polen und Deutschland abgeschlossen wurde. Ein Antrag in dieser Angelegenheit wurde am 20. Juli d. Js. dem Sejm übersandt. Dieser Vertrag, der die Gefangenenbefreiung betrifft, würde gegenstandslos werden, insofern er nicht mit möglichster Beschleunigung in Kraft tritt; 3. des deutsch-polnischen Vertrages bezüglich der oberschlesischen Bergwerke, der am 22. Juni d. Js. abgeschlossen wurde; 4. des deutsch-polnischen Vertrages über das staatliche Berg- und Hütteneigentum im polnischen Teile Oberschlesiens, der am 15. Juni abgeschlossen wurde. Ein Antrag in dieser Angelegenheit wurde dem Sejm am 21. Juli d. Js. übersandt. Außerdem müßte der Sejm notwendig vor den Ferien folgende Angelegenheiten erledigen: 1. die polnisch-rumänische Handelskonvention, die am 1. Juli 1921 unterzeichnet wurde. Der Antrag in dieser Angelegenheit wurde dem Sejm am 17. Dezember 1921 übersandt. Seit dem Datum dieser Unterzeichnung ist also über ein Jahr verflossen. Die rumänische Regierung, welche diese Konvention schon ratifizierte, wünscht die schleunigste Ratifizierung seitens Polens. 2. Die italienisch-polnische Handelskonvention vom 22. Mai 1922; der Antrag in dieser Angelegenheit wurde dem Sejm am 17. Juli d. Js. übersandt. Die Erledigung dieser Konventionen ist aus politischen und wirtschaftlichen Gründen angebracht. 3. Die polnisch-schweizer Konvention vom 26. Juni d. Js. Die Erledigung dieser Angelegenheit ist aus politischen und wirtschaftlichen Gründen und mit Rücksicht auf den Umstand, daß die Schweiz diese Konvention im Verlauf einiger Tage ratifizierte, erwünscht und angebracht. Der Antrag in dieser Angelegenheit wurde dem Sejm am 26. Juli d. Js. vorgelegt. 4. Die internationale Sanitätskonvention, deren Antrag dem Sejm im Juni d. Js. überwiesen wurde. Die oben angeführten, sämtlich noch nicht erledigten Angelegenheiten können als Beweis dafür angesehen werden, welche Schwierigkeiten die Regierung zu überwinden hat, damit keine völlige Hemmung der Staatsgeschäfte erfolgt. Im Gefühl der großen Verantwortung gegenüber dem Staat muß die Regierung an den Sejmmarschall appellieren, daß er den Sejm dahin beeinflusse, wenigstens die dringendsten Angelegenheiten zu prüfen und seine Entscheidung zu treffen.

Ministerpräsident Śliwiński.“

Diplomaten im Haag irreführen lassen. Alles ist schöne Pose und reines Theater. Das letzte Versprechen Litwinows, die Vorkriegsschulden anzuerkennen und die geschädigten Ausländer durch Konzessionen zufriedenzustellen, ist sicherlich von den Vertretern der Westmächte als bewußter Versuch der Irreführung erkannt worden. Litwinow bemerkte gleich nach dem Abbruch der Konferenz, daß nun natürlich Rußland zu nichts verpflichtet sei. Auch wenn die Konferenz fortgedauert hätte, wäre es höchstwahrscheinlich ebensowenig zu einer Einigung gekommen. Der Vorschlag Litwinows hatte offenbar nur den Zweck, im Augenblick, wo der Abbruch drohte, Zeit zu gewinnen, denn auf eine Einwilligung der Sowjets konnte er keinesfalls rechnen. Was sollen bei dieser Sachlage Äußerungen wie die, daß man doch schon eine Annäherung der beiden Welten, der russischen und der europäischen, bemerke. Diese Annäherung besteht vielleicht auf dem Boden des gesellschaftlichen Verkehrs gelegentlich der internationalen Konferenzen, nicht aber auf geistigem und politischem Gebiet. Der blutbefleckte bolschewistische Tiger verstand es wohl, wie eine Katze zu schnurren, solange er einen fetten Bissen zu gewinnen hoffte. Gar bald aber, nachdem der Bruch vollzogen ist, wird er seine schrecklichen Tatzen und seinen angeborenen Blutdurst zeigen. Die Zeit ist wirklich nicht geeignet für solche Paradevorstellungen und für die Schäferspiele einer erlogenen Eintracht.

Die Sowjets sind und bleiben eine Eiterbeule, ein Fäulnisherd im europäischen Gewerbe, ihre Entwicklung ein Schandfleck nicht nur der russischen, sondern auch der europäischen Geschichte, ihre Existenz eine schwere Drohung für die christliche Gesellschaftsordnung und alle Ideale und Realitäten Europas. Schwer zu bedauern ist es, daß durch die hinterlistige Haß- und Raubpolitik Frankreichs Deutschland so in die Enge getrieben wurde, daß ihm nur noch der Zusammenschluß mit Rußland übrig blieb. Der Vertrag von Rapallo war eine Verirrung, wenn auch eine entschuldbare. Das Werk Rathenaus ist auf einer Selbsttäuschung aufgebaut. Gewiß ist für Deutschland ein wirtschaftlicher Zusammenschluß mit Rußland wünschenswert. Aber wie schon hundertfach sich gezeigt hat, halten die Sowjets Verträge nur, wenn es ihnen paßt. Vorläufig legt übrigens der Vertrag Deutschland nur Opfer auf. Nehmen wir aber auch an, es käme eine neue bürgerliche Regierung, so würde diese jedenfalls den Vertrag nicht anerkennen. Was sind die Konsequenzen? Die Konferenz hat hoffentlich endgültig das Tafeltuch zwischen Europa und Rußland zerschnitten. Die Folgen werden langsam, dann aber nachhaltig zu spüren sein: **Wachsende Feindschaft gegen Europa und immer frechere Propaganda.** Gebe sich doch niemand der Täuschung hin, daß die Sowjetregierung sich jemals demokratisieren werde. Alle Nachrichten aus dem Innern Rußlands sprechen dagegen. Jener deutsche Industrielle hat in Riga berichtet, daß die Tscheka noch immer in Rußland wütet. Aus Petersburg hört man, daß 5 Kadetten (Offiziersaspiranten) erschossen und 31 zu Zwangsarbeit verurteilt wurden, weil sie, der kommunistischen Vorlesungen überdrüssig, zu ihren Regimentern wollten. Überall wird mit der größten Roheit vorgegangen. Bucharin erklärt das in Berlin gegebene Versprechen, die Sozialrevolutionäre nicht zum Tode zu verurteilen, für ungültig und fordert ohne weiteres ihre Erschießung. Lenin, der in gemäßigtere Bahn einlenken wollte, ist der Gehirnparalyse verfallen. Ja, nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ ist er auf der Reise zur Erholung nach dem Kaukasus im Eisenbahnzug ermordet und von einer Brücke in den Don geworfen worden. Die äußerste Linke langt unter Führung Trotzkis, des sich immer mehr kriegerisch-imperialistisch Gebärdenden, nach der Regierung. Kein Wunder, daß die russischen Unterhändler von Genua und vom Haag es mit der Rückkehr nach Rußland meist gar nicht eilig haben, sondern sich in der Umgegend von Berlin oder an der Ostsee Villen kaufen, so Tschitscherin in Berlin W., Litwinow in Potsdam, Joffe und Gorki in Heringsdorf auf Usedom. Zurückberufungen nach Moskau werden von diesen Herren ignoriert. Man sagt, daß sie nach dem Abbruch im Haag und der unheilbaren Erkrankung Lenins mit dem Zusammenbruch des ganzen Sowjetstaates rechnen. Der wahre Grund ist die Furcht vor Trotzki und den radikalen Elementen.

Wie hat sich Polen angesichts dieser Lage zu stellen? Des Präsidenten Piłsudski Verdienst ist es, seit dem Bestehen des polnischen Staates die Front nach Osten genommen zu haben. Hauptsächlich militärisch orientiert, sagt er sich mit kühler Überlegung, daß Deutschland für längere Zeit keine Gefahr für Polen bildet. Wer weiß, wie bald die Verhältnisse Polen ein zweites Mal zu einem Vorgehen gegen Rußland zwingen werden. Jedenfalls muß Polen auf der Wacht sein, gar bald können die fortwährenden kleinen Übergriffe der Sowjets größeren Umfang annehmen oder Trotzki sucht einen Grund, um mit seiner roten Revolutionsarmee Polen zu überschwemmen. Dann ist Marschall Piłsudski der gegebene Mann, der mit altbewährtem Mut die polnischen Heere gegen den Eindringling führen wird. Ohne Mitwirkung Polens wird es nie gelingen, Rußland zu bändigen und dadurch der westlichen Kultur zu erschließen. Wenn jetzt nach endgültiger Erledigung der oberschlesischen Frage und hoffentlich günstigem Ausgange der polnisch-deutschen Verhandlungen ein freundliches Verhältnis zu Deutschland hergestellt sein wird, wenn im Innern die deutsche Minderheit mit weniger Haß, Furcht und Mißtrauen, mit mehr Gerechtigkeits- und Anstandsgefühl behandelt werden wird, wodurch die feindliche Stimmung in manchen Kreisen Deutschlands verschwinden wird, dann ist die Stunde günstig, um mit den Feinden der europäischen Kultur abzurechnen. Unsere „weitblickenden“ Männer von der Rechten wollen freilich das Gebot des Tages nicht anerkennen. Als Gegner unseres Staatsoberhauptes arbeiten sie mit den gröbsten Entstellungen seiner Absichten. Sie unterstellen ihm, er wolle in zaristischem Geiste als Diktator regieren. Im Gegenteil, er will die Volkskräfte unter Mitarbeit aller Staatsbürger zusammenfassen und auf der Basis des Fortschrittes Polen zu Ruhm und Ehre und zu einer Achtung gebietenden Stellung in Europa als Vorkämpfer der Zivilisation gegen den Bolschewismus führen. Halten wir treu zu unserm Staatsoberhaupt, dem Marschall Piłsudski! Fort mit der Schachfigur der Nationaldemokraten, dem politischen Hasardeur, dem Gewaltpolitiker Korfanty! **Das wahre Volkswohl kann nur von dem erprobten Staatsmann, dem aufrichtigen Demokraten Piłsudski gefördert werden.**

---

## Sejm.

**Sitzung vom 25. Juli.**

Warschau, 26. Juli.

Die gestrige Sejmsitzung erweckte sehr großes Interesse. Die Galerien waren dicht besetzt. Man hatte allgemein die endgültige Entscheidung über die Krise erwartet; war doch u. a. vom Nationalen Volksverband ein Antrag angekündigt worden, der dem Staatspräsidenten das Mißtrauen der Kammer ausspricht.

Zunächst wurde die Wahlordnung zum Sejm und Senat bis zum 19. Artikel angenommen. Vorher wurden in erster Lesung, der Anregung im Briefe des Ministerpräsidenten Śliwiński folgend, 5 Gesetze dem Ausschusse überwiesen, und zwar: über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages und die Amnestie im oberschlesischen Abstimmungsgebiet, über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages betreffs der oberschlesischen Gruben, über die Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages betreffs des staatlichen Bergwerks- und Hütteneigentums im polnischen Teile Oberschlesiens, über die Ratifizierung des polnisch-italienischen Handelsvertrages und über die Ratifizierung der schweizer-polnischen Handelskonvention vom 26. Juni. Darauf folgte die weitere Aussprache über die Wahlordnung. Sie hatte folgenden Verlauf: Der Referent, Abg. Grzędzielski (Poln. Volkspartei), betont, daß der Ausschuß einige Änderungen in der in zweiter Lesung angenommenen Wahlordnung vorgenommen habe. Grundlegend ist die Änderung des Artikels 9, der die Zahl der Abgeordneten (432) in zwei Gruppen teilt, und zwar so, daß 360 Mandate auf die Bezirkswahllisten und 72 auf die Reichswahllisten kommen. Dann hat der Ausschuß ferner beschlossen, noch 8 Mandate hinzuzufügen, so daß jetzt auf die Bezirkswahlen 368 Mandate entfallen und für die Reichswahllisten 72 verbleiben. Zusammen sind es also 440 Mandate. Wahlbezirke waren vorher 68. Ihre Zahl wurde jedoch auf 64 herabgesetzt. Die wichtigste Änderung betrifft die Artikel 90 und 95. Der neue Vorschlag des Ausschusses führt die Berechnung nach dem „de Hondt“-System ein, nimmt jedoch als Grundlage für die Berechnung der Reichswahllisten nicht die Anzahl der Stimmen, die auf die einzelnen Listen fielen, sondern die Zahl der von den einzelnen Parteigruppen erzielten Mandate. Der Senat soll sich aus 110 Mitgliedern zusammensetzen, von denen 92 auf die Bezirkswahlliste und 18 auf die Reichswahllisten fallen. Außerdem hat der Ausschuß einen Beschluß über den Termin der Neuwahlen gefaßt. Er schlägt als **Wahltag zum Sejm den 29. Oktober, als Wahltag zum Senat den 5. November vor.** Es wurde beschlossen, den Staatspräsidenten zu ersuchen, die Sejm- und Senatswahlen auszuschreiben.

Abg. Niedziałkowski (Sozialist) schlägt vor, daß die Reichswahllisten eine Ergänzung der Ergebnisse der Bezirkswahlen sein sollen, daß der verbleibende Rest der bei den Bezirkswahlen abgegebenen Stimmen auf die Mandate der Reichswahllisten übergehen solle. Falls dieser Antrag abgelehnt werden sollte, so hält der Redner den Antrag der Piasten-Partei aufrecht, der dahin lautet, daß die Reichswahllisten nach der Gesamtanzahl der für die betreffenden Parteien in ganz Polen abgegebenen Stimmen gewährt werden sollen. Der Redner schlägt ferner vor, daß die Gesamtanzahl der Mandate nicht 440, sondern 480 betragen solle. Davon sollen 408 Mandate auf die Bezirkswahlen und 72 auf die Reichswahllisten entfallen. Im gegebenen Falle schlägt der Redner vor, vier am meisten benachteiligten Bezirken, für die er das Dąbrowoer Kohlengebiet, den Krakauer Kreis, die Städte Lemberg und Wilna hält, je ein Mandat zuzugeben. Außerdem müsse der Stadt Lemberg noch ein Senatsmandat zuerkannt werden. Die Verbesserungsanträge der Partei des Redners kommen in folgenden Grundsätzen zum Ausdruck. 1. Die Berechnung der Reichswahllisten wird nicht durch Hinzuziehung der Wählermassen, die für andere Parteien gestimmt haben, sondern durch die Ausnutzung der de facto für die Partei abgegebenen Stimmen durchgeführt werden. 2. Die Gesamtanzahl der Abgeordneten muß so erhöht werden, daß die Industriebezirke eine entsprechende Vertretung haben. 3. **Alle Ausnahmegesetze, die sich gegen die nationalen Minderheiten richten, müssen aus der Wahlordnung gestrichen werden.** Der Redner schließt mit einem Appell an die wahre Demokratie in der Kammer, die demokratischen Prinzipien der Wahlordnung zu retten.

Abg. Bagiński (Wyzwolenie-Gruppe) hält die Verbesserungsanträge seiner Partei bezüglich der Zusammensetzung der Wahlkommissionen aufrecht, weil die Zulassung einer Einmischung der Verwaltungsbehörden das Wahlergebnis unerlaubt beeinflussen würde. Nach Ansicht des Redners ist **das, was die Ausschußmehrheit bezüglich der Reichswahllisten festsetzt, eine Fälschung der Reichswahllisten, die gegenwärtig nur gewissen Parteien eine Gratifikaton geben soll.** Was das Blockieren betrifft, so ist der Redner dagegen. Zum Schluß betont der Abgeordnete die Wichtigkeit des Ausschußbeschlusses betreffs der Ausschreibung der Sejmwahlen auf den 29. Oktober.

Abg. Tomczak (Nat. Arbeiterpartei) erklärt, daß man trotz der edlen Losung im Sejm fortwährend ein Spiel beobachten kann, das darauf hinausgeht, **aus der Benachteiligung der kleinen Parteien zugunsten der großen Nutzen zu ziehen.** Die Nationale Arbeiterpartei ist der Ansicht, daß der Antrag der Sozialisten, der darauf hinausgeht, daß bei der Berechnung der Stimmen das „de Hondt“-System angewandt werden soll, angenommen werden muß. Der Gedanke einer Berechnung der Mandate der Reichswahllisten auf Grund der in den Bezirken erzielten Mandate überschreitet an krasser Unvernunft alles, was bisher gewesen ist. Dadurch würden die Wahlen ihre Unmittelbarkeit verlieren.

Abg. Suligowski (Bürgerliche Vereinigung) führt aus, daß die Wahlordnung nicht genügend die Rechte der Stadtbevölkerung berücksichtige. Der Redner stellt den Antrag, den Städten einige Mandate zuzugeben.

Abg. Geistlicher Maciejewicz gedenkt des Unrechtes, das dem Wilnaer Lande durch den Ausschuß angetan worden ist.

Abg. Grünbaum ist der Ansicht, daß der Zweck der Ausschußmehrheit die Zurücksetzung der nationalen Minderheiten sei. „Sie werden sich in Kürze davon überzeugen, meine Herren, daß ich das Recht habe, in Ihrem Namen zu sprechen. Ich stelle ein maßloses Unrecht fest, das Sie ihnen in dieser Wahlordnung antun.“

Abg. Zaleski (Volksräte) spricht sich bezüglich der Verteilung der Mandate auf die Reichswahllisten für den Standpunkt des Abg. Niedziałkowski aus. Schließlich betont er die Benachteiligung der Grenzmarken und beantragt die Erhöhung der Mandateanzahl um vier weitere Mandate.

Abg. Dziennicki erklärt, daß die Vertreter verschiedener Parteien gerade das für ungerecht ansehen, was für ihre Parteien unangenehm ist. (Die nationalen Minderheiten sind keine Parteien. D. Red.) Indessen stützt sich die gegenwärtige Wahlordnung auf einen sehr gerechten Grundsatz, weil sie sich auf Ziffern stützt. (Auf welche aber? Darauf kommt es gerade an. D. Red.) Der Redner erklärt, daß er die Reichswahllisten nicht verteidigen werde,

---

# Die Erben von Senkenberg.

**Kriminal-Roman von Erich Ebenstein.**



(52. Fortsetzung.) 

Der Unglückliche, dessen blaurotes Gesicht offenbar einmal erfroren war, trug auf dem mit Fetzen umwickelten Hals zwei Kröpfe der stattlichsten Dimensionen. Seine Beine waren verkrümmt und ermöglichten ihm es nur schwer, sich fortzubewegen.

Auf den Zügen lag jenes breite, stupide Grinsen, das den Halb-Kretin verrät.

Melitta atmete auf. Nein, das war der Graubart nicht. Welche Gespenster hatte sie sich überhaupt gleich zusammengedichtet!

Die Sache war gewiß ganz natürlich: Lavandal hatte sich aus irgend einem Grund wahrscheinlich schon unterwegs von Prosper getrennt, machte einen Spaziergang und kam dabei zufällig an den Steinbruch, wo ihn dieser arme Jammermensch angebettelt haben mochte.

Rasch, und immer noch über sich selbst lächelnd, ging sie nach Haus, dem krummbeinigen Steinbruchmenschen im Vorübergehen ein Geldstück zuwerfend, das er grinsend in Empfang nahm.

Am nächsten Morgen fuhr sie nicht nach Prachatitz, denn Lisa wollte, daß sie sie ganz heimlich in aller Morgenfrische nach Senkenberg begleite.

Niemand, — nicht einmal die Baronin sollte darum wissen. Es galt, Prosper, der stets gegen zehn Uhr zu Fuß oder Pferd nach Mauerberg kam, zu überraschen. Das war Lisas „Geheimnis.“

„Weißt Du, wenn er gerade so recht behaglich mit Renate und seinem Vetter beim Frühstück sitzt, dann trete ich vor ihn hin,“ malte Lisa die Situation aus. „Sein Gesicht wird zu komisch sein! Weiß er doch, daß ich sonst eine Langschläferin bin. Übrigens“ — sie blickte mit strahlenden Augen um sich — „ist die Welt so am frühen Morgen ganz herrlich! Wollen mal sehen, ob's auch wahr ist, daß Morgenstunde Gold im Munde wäre!“

„Wann frühstücken sie in Senkenberg?“

„Ich glaube, so um neun herum!“

„Was?“ Melitta blieb bestürzt stehen. „Aber Kind, dann sind wir ja viel zu früh weggegangen! Es ist kaum sieben!“

„Egal. Ich will mal ganz allein so recht nach Herzenslust in dem verwilderten Park herumstrabanzen.“

„Du? aber wozu denn?“

Lisa wurde rot.

„Gott — es ist so eine Laune. Als Kind habe ich mich immer so köstlich gegrault dort in den düsteren Alleen, wo der Boden ganz moosig ist und man die Stille förmlich hört. Tausend Märchen habe ich dort erlebt — — und besonders wenn ich einmal nahe kam, wo der alte Herr von Senkenberg seine Spaziergänge macht und wohin mir immer verboten war, zu gehen. „Das Loch des bösen Drachen“, nannte ich es heimlich.“

„Lisa — sei ehrlich — Du willst noch etwas anderes in Senkenberg? Irgendeinen Schabernack ausführen! Gestehe es nur!“

Lisa lachte plötzlich laut auf und schüttelte den ährenblonden Kopf, daß es im Sonnenschein wie tausend goldene Strahlen nm ihre Stirn tanzte.

Dann wurde sie ganz ernst und sagte: „Ja, Du siebenmal Gescheite — ich will noch etwas. Den Drachen will ich bezwingen! In alten Zeiten besorgten dies die Ritter für uns, aber es scheint, daß im Zeitalter der Frauenemanzipation wir dies Geschäft nun selber besorgen müssen.“

„Aber Lisa — wenn Deine Mama —“

„Na, die Mama würde freilich tausend Gründe dagegen wissen; aber darum habe ich eben nur Dich eingeweiht! Ich habe mir alles überlegt. Von sieben bis acht Uhr macht der Drache seinen Morgenspaziergang am Ende des Parkes, wo der alte Weiher liegt. Dort überfalle ich ihn!“

„Was wirst Du ihm denn sagen?“

„Wie soll ich das jetzt schon wissen? Es wird mir schon etwas einfallen — übrigens, da sind wir. Von dem Seitenpförtchen weißt Du wohl nicht?“

„Nein. Ist es denn offen?“

„Keine Spur. Aber ich habe den alten Kastellan neulich so gebettelt, bis er mir den Schlüssel borgte. Er glaubt natürlich nur, ich wollte Prosper beim Frühstück überfallen.“

Sie sperrte auf und trat mit Melitta ein.

„So, Liebste. Hier ist eine Bank, wie gemacht für Dich! Da habe ich Dir auch den Ekkehard mitgenommen, damit Du Dich nicht langweilst. Rechts die Allee führt zum Schloß — links geht's zum Loch des Drachen, und nun addio!“

Ehe Melitta zu Worte kommen konnte, saß sie auf der Bank, hatte ein Buch im Schoß, einen Kuß auf der Stirn und sah gerade noch, wie Lisas weißes Batistkleid gleich einem Nebelwölkchen zwischen wuchernden Büschen verschwand.

### XXIV.

Herr von Senkenberg wandelte mit tief gesenktem Kopf, in Gedanken verloren, um den Weiher, dessen opalisierende, reglose Fläche wie ein dunkles Blatt zwischen Ahornbäumen, Zypressen und hohem Riedgras lag. Es war der düsterste Teil des Parkes.

In seine harten, verbitterten Züge war seit jenem Abend mit dem fremden Händler ein neuer Ausdruck gekommen, der rastloser, innerer Unruhe.

Peter Mark hatte ihm nur gemeldet, daß Herr Rodin noch in der Nacht abgereist sei, weil die Sache mit den Ohrgehängen ihm keine Ruhe ließ. Er wollte sie so bald als möglich herbeizuschaffen versuchen.

Seitdem war keine Nachricht gekommen.

Senkenberg sagte sich tausendmal in den letzten Tagen vor, es sei unmöglich, es könnten nicht dieselben Ohrringe sein, irgendeine Aehnlichkeit müsse Rodin getäuscht haben — etwas in ihm wartete doch in verzehrender Ungeduld auf Gewißheit.

(Fortsetzung folgt.)

da er nicht ihr Autor sei, daß er aber feststellen müsse, daß die Verteilung im Verhältnis zu den erhaltenen Mandaten weit besser ist, als nach den Reststimmen, weil sie allen Parteien eine gewisse Ruhe und Sicherheit bietet. Der Redner spricht sich gegen eine zu große Anzahl von Abgeordneten aus und widersetzt sich den Verbesserungsanträgen bezüglich Vermehrung der Mandate in verschiedenen Bezirken.

Abg. Geistlicher Lutosławski knüpft an die Ausführungen des Abg. Zaleski bezüglich der angeblichen Zurücksetzung der Grenzmarken an und klärt auf, daß nach dem Verbesserungsantrag, für den die Mehrheit gesichert sei, das Wilnaer Gebiet 18 Mandate haben werde, das heißt so viel wie auf die Bevölkerungszahl entfällt. Der Redner schlägt dann vor, daß ein Motiv für die Löschung eines Mandates auch die Nichtbeteiligung an 15 Sejmsitzungen ohne rechtmäßigen Urlaub sein soll, falls sie nicht die Folge eines Freiheitsverlustes des Abgeordneten durch die Gerichte ist. Der Redner tritt gegen die Listenvereinigung unter Einschränkung auf zwei Listen auf, wogegen zwei wichtige Argumente sprechen: 1. daß für die polnische Öffentlichkeit die Vereinigung von zwei Listen nicht viel bedeute, da sie auf weit mehr Parteien verteilt sei, für die nationalen Minderheiten aber eine solche Vereinigung die Rettung sein könne; 2. daß sie, die Listenvereinigung, das Auftreten der nichtpolitischen Gruppen, das heißt der Standes-, Berufsgruppen usw. zum Wahlkampfe unterstützt, was nicht angebracht sei.

Abg. Hasbach weist im Namen seiner Partei darauf hin, daß die Gleichberechtigung der Minderheiten bei der Festlegung des Standpunktes seiner Partei im kommenden Sejm die entscheidende Rolle spielen werde.

Abg. Waszkiewicz: Die Nationale Arbeiterpartei, der Nationale Volksverband, die Polnische Sozialistische Partei, die Christlich-Nationale Arbeitspartei, die National-Christliche Volkspartei und die Bürgerliche Vereinigung brachten eine gemeinsame Änderung zum Art. 10 ein, nach der den Zusatzmandaten zum Sejm, die vom Verfassungsklub angenommen wurden, das heißt Złoczów, Przemyśl, Stryj und Nowy Sącz noch acht Zusatzmandate hinzugefügt werden: Wilna, Będzin, Dirschau, Nowy Sącz, Lemberg-Stadt, Krakau-Stadt, Posen-Stadt und Krakau-Kreis. Im Einklang mit dieser Änderung ist ein Mandat für den Senat hinzuzufügen und Wilna zu überweisen. Nach kurzer Ansprache des Berichterstatters Grzędzielski, der die Behauptung des Geistlichen Maciejewicz über die Benachteiligung des Wilnaer Gebietes berichtigte, ging man zur

**Abstimmung**

über. Abgestimmt wurde vor allem über die Änderung bezüglich der Zuteilung der im Artikel 10 genannten Mandate. Angenommen wurde die oben angegebene Kompromißänderung des Abg. Waszkiewicz, in der auf den Antrag der Polnischen Volkspartei Krakau-Kreis in Tarnów umgewandelt wurde. Darauf wurde Art. 9 in folgendem Wortlaut angenommen: **Die Wähler aus ganz Polen wählen 444 Abgeordnete, wovon 372 auf Kreislisten und 72 auf Staatslisten entfallen.** Umstritten waren im Artikel 12 zwei Abschnitte: 1. daß kein Abstimmungskreis mehr als 3000 Bewohner zählen darf, 2. daß die Wohnung keines Wählers vom Wahllokal weiter als 6 Kilometer entfernt liegen darf. In zweiter Lesung wurde statt 3000 die Zahl 2000 angenommen und statt 6 Kilometer 4 Kilometer. Gegenwärtig wurde auf den Antrag des Nationalen Volksverbandes die erste Ziffer angenommen. Zu diesem Artikel wurde noch gemäß dem Antrag der Ausschußmehrheit folgender Absatz hinzugefügt: Die Verwaltungsbehörde soll bei der Einteilung in Abstimmungskreise darauf achten, daß keine Kreise geschaffen werden, die sich aus verschiedenen Gemeinden bzw. aus deren Teilen zusammensetzen. Für diesen Antrag stimmten 198 Abgeordnete, gegen ihn 185. Dann wurde in die Abstimmung bezüglich der Änderung des Artikels 19 eingetreten. Die Wyzwoleniegruppe beantragte die Streichung des Abschnitts 2 dieses Artikels, der besagt, daß eines der Mitglieder des Kreiswahlausschusses vom Wojewoden ernannt werden soll. In der namentlichen Abstimmung wurde der Antrag der Wyzwoleniegruppe abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. Niedziałkowski wurde die weitere Abstimmung auf heute vertagt.

*

Es kam nun der Antrag des Ministerrates betreffs Ermächtigung des Finanzministers, in der Polnischen Landesdarlehnskasse eine weitere Anleihe zu machen, zur Sprache. Die gemäßigten Parteien waren gegen diesen Antrag, wobei sie von dem Standpunkte ausgingen, daß man einer Regierung „in statu dimissionis" keine Ermächtigung erteilen könne. Doch wurde der Antrag mit 207 gegen 168 Stimmen angenommen.

Gegen 8 Uhr verlas der Marschall eine Reihe von Anträgen, darunter den Dringlichkeitsantrag des Nationalen Volksverbandes, der Christlich-nationalen Arbeiterpartei, der National-christlichen Volkspartei und anderer Abgeordneter, der dem Staatspräsidenten ein Mißtrauensvotum ausspricht.

Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut: **In Erwägung dessen, daß der Staatspräsident durch die Nichtrespektierung der Rechte des Verfassunggebenden Sejm, durch die Geringschätzung der Lebensinteressen des Staates und die Vertiefung der Gegensätze und Parteikämpfe dem Staat nicht wieder gutzumachende moralische und wirtschaftliche Schäden zugefügt hat, daß er insonderheit in den letzten Monaten die durch den von ihm provozierten Rücktritt des Kabinetts Ponikowski entstandene Krise hingezogen hat, daß er trotz der Designierung Korfantys zum Ministerpräsidenten durch den Hauptausschuß des Sejm und trotz der eigenen Zusicherung, daß er ihm bei der Bildung der Regierung nicht hinderlich sein werde, die Unterzeichnung der Liste des Kabinetts Korfanty entgegen den geltenden Sejmbeschlüssen, deren Wächter und Vollstrecker er sein müßte, abgelehnt hat, beantragen die Unterzeichneten: Der Hohe Sejm beschließt: Der Sejm spricht dem Staatspräsidenten Josef Pilsudski das Vertrauen ab.**

### Vorbesprechung des belgisch-polnischen Handelsvertrages.

**Brüssel, 24. Juli.** Der Vizeminister Straßburger ist in Brüssel zwecks Vorbesprechung der Grundlagen für den belgisch-polnischen Handelsvertrag eingetroffen. Nach einer längeren Unterredung mit dem belgischen Außenminister Jaspar, bei der der polnische Gesandte Sobański zugegen war, hatte Vizeminister Straßburger eine Konferenz mit den Chefs der einzelnen Departements im belgischen Ministerium.

## Die Reparationsfrage.

### Frankreich wünscht Verhandlungen zusammen mit den Verbündeten.

**Paris, 24. Juli.** Die Antwort der englischen Regierung auf das Anerbieten Poincarés, die Besprechungen über die schwebenden Fragen am 1. August zu beginnen, ist bis heute mittag in Paris noch nicht eingetroffen. Auch die belgische und die italienische Regierung haben bisher noch nicht den Wunsch zu erkennen gegeben, an den Verhandlungen teilzunehmen. Es wird jedoch in Paris angenommen, daß beide Regierungen entweder Vertreter nach London entsenden oder ihre Botschafter mit der Vertretung beauftragen werden. Poincaré werde, so wird gemeldet, die Anwesenheit der anderen Verbündeten bei den nahenden Auseinandersetzungen gern sehen, da er glaubt, daß die belgische Auffassung über die Reparationsfrage gehört werden müsse, und daß Italien für die Regelung der Orientangelegenheit nicht zu entbehren sei. Da in London über Tanger gesprochen werden soll, wird wahrscheinlich auch Spanien einen Delegierten nach London schicken. Diese Belastung mit wichtigen anderen Aufgaben ist natürlich einer gründlichen Beratung des Wiedergutmachungsproblems nicht förderlich.

Doch wird bereits jetzt gesagt, daß die Reparationskommission auf das Moratoriumsgesuch Deutschlands vielleicht eine provisorische Antwort geben könnte, wie sie es bei Erledigung des ersten Antrages im März dieses Jahres getan hat. Sie könnte nach der Meinung des „Temps" einen Zahlungserlaß für eine kürzere Zeit beschließen und die Empfehlung des größeren Moratoriums von dem Verhalten Deutschlands in dieser Frist abhängig machen. Die Grundlage für eine Entscheidung dieser Art muß der Bericht des Garantiekomitees, der wahrscheinlich am Mittwoch fertig sein wird, geben. Über die Wirkung einer Kontrolle spricht heute der „Temps" weit optimistischer als bisher. Die Kontrolle der Verbündeten könne auch als Beobachtung eine nützliche Rolle spielen, indem sie dazu beiträgt, die notwendige Sanierung der Finanzen zu beschleunigen. Bedenklicher seien die „Bemühungen der deutschen Industrie, die Zwangsanleihe zu hintertreiben." Diese Bemühungen müßten unter allen Umständen verhindert werden.

### Die englische Ansicht.

**Haag, 24. Juli.** In England haben die Instruktionen Poincarés an Dubois sehr wenig Gefallen erweckt. Obgleich aus Paris auf allen möglichen Wegen, auch durch Havas, ihr Inhalt als nicht wesentlich hingestellt wird, bleibt das Mißtrauen und die Verstimmung gegen Poincaré bestehen. In diesem Zusammenhange ist es wichtig, daß die englische Regierung noch vor der Aussprache mit Poincaré Fühlung mit der belgischen und der italienischen Regierung suchen will. Obgleich irgendwelche Bestätigungen noch nicht vorliegen, wird in England ziemlich allgemein angenommen, daß das englische Programm in einem längeren Moratorium und in einer Herabsetzung der deutschen Schulden auf 50 Milliarden Goldmark besteht. Mit jedem Tag wird mehr damit gerechnet, daß England den großen Entschluß fassen wird, Frankreich seine Schulden zu erlassen. Diese Meldung wird von vornherein als ein Beweis dafür empfunden, daß die starken Widerstände innerhalb der amtlichen Kreise gegen eine derartige Regelung bereits überwunden sind. Eine amtliche Meldung liegt nicht vor. Für einen Erfolg der Aussprache Lloyd Georges mit Poincaré ist aber dieser Verzicht bekanntlich der Schlüssel.

Aus Neuyork wird gemeldet, daß die sehr einflußreiche „Neuyork World" nunmehr offen für einen allgemeinen Kriegsschuldenerlaß an Europa eintrete. Das gilt als entschiedener Fortschritt in der öffentlichen Meinung Amerikas.

### Die Vorschläge der Garantiekommission.

**Paris, 25. Juli.** (Tel.-Un.) Die Garantiekommission wird erst morgen ihren Bericht fertigstellen. Für die Sanierung der deutschen Finanzen wird sie darin eine sehr große Verminderung der deutschen Ausgaben und eine Vermehrung und Vergrößerung der indirekten Steuern vorlegen, wogegen man die Opposition der Sozialisten erwartet. Die Reparationskommission wird im Laufe des Nachmittags den Rapport der Garantiekommission untersuchen. Viel bemerkt wird in politischen Kreisen, daß sich seit den letzten Tagen Poincaré mit seinem Kabinett recht zurückgezogen hält und auch nicht, wie gewöhnlich, seine Intimen empfängt. Man sagt, daß er den genauen Plan seiner kommenden Unterredung mit Lloyd George ausarbeite und davon nichts im voraus verraten sehen will.

**Paris, 25. Juli.** (Tel.-Un.) Der Bericht der Garantiekommission wird heute in einer offiziellen Sitzung der Reparationskommission überreicht werden. Der Bericht wird u. a. eine längere Schilderung der Berliner Verhandlungen enthalten, die der Reparationskommission erlauben soll, sich ein vollständiges Bild von der bei beiden Parteien herrschenden Stimmung zu machen. Gestützt auf diese Erläuterungen wird die Reparationskommission ihre Entscheidungen zu treffen haben.

## Die Krise in Italien.

### Orlandos Kabinettsbildung gescheitert.

**Rom, 24. Juli.** Die „Popolári" haben gegen die Aufnahme von Ministern aus den Parteien der Rechten ins Kabinett ihr Veto eingelegt. Infolgedessen verzichtete Orlando auf die Kabinettsbildung. Der König hat heute De Nicola, Bonomi und Titoni empfangen. Wie es heißt, soll nunmehr der Popolariführer Meda oder der frühere Premier Bonomi den Auftrag zur Kabinettsbildung erhalten.

### Bonomi Ministerpräsident.

**Rom, 25. Juli.** (Tel.-U.) Bonomi ist nunmehr damit beauftragt worden, das neue Ministerium zu bilden. Es soll der Versuch gemacht werden, ein Kabinett der Linken zu bilden.

## Internationale Polizeikonferenz in Washington.

**Berlin, 25. Juli.** Vor einigen Wochen weilte der Polizeidirektor von Neuyork, Mr. Enright, in Berlin, um persönlich für eine internationale Polizeikonferenz in Neuyork zu werben. Mr. Enright besuchte dann auch alle anderen europäischen Großstädte. Wie wir jetzt weiter erfahren, soll die Konferenz am 11. September in Neuyork stattfinden. Nach den bisher vorliegenden Anmeldungen wird mit der Anwesenheit von rund 700 Polizeipräsidenten bzw. Polizeidirektoren der Großstädte aller Länder der Erde gerechnet. Auch der Berliner Polizeidirektor Richter hat zugesagt, daß er wahrscheinlich selbst an der wichtigen Veranstaltung teilnehmen oder einen hohen Beamten dahin entsenden wird. Die Absichten Enrights gehen dahin, daß er die internationale Verständigung der Polizei auf ihrem gesamten Arbeitsgebiete sowohl zum Austausch von Erfahrungen als auch zu inniger Zusammenarbeit namentlich bei der Verfolgung des internationalen Verbrechertums für unbedingt notwendig hält. Enright verlangt darüber hinaus die persönliche Bekanntschaft der Polizeichefs in der ganzen Welt und tritt dafür ein, die Konferenz als ständige internationale Einrichtung einzuführen mit ständig wechselndem Tagungsort. Er will dadurch erreichen, daß über die persönliche Bekanntschaft der Polizeichefs hinaus, die eine ergiebigere Zusammenarbeit schon aus psychologischen Gründen verbürgt, die Chefs auch in möglichst weitem Umfange mit dem Leben der großen Metropolen auf der ganzen Erde aus persönlicher Anschauung vertraut werden, zum Nutzen für ihre eigene Tätigkeit und zum Nutzen für die Erledigung gemeinsamer internationaler Aufgaben.

## Sowjetrußland.

### Bevorstehende Errichtung einer russischen Bank im Auslande.

**Berlin, 22. Juli.** (Tel.-Union.) Von der Sowjetregierung wird zurzeit, wie der Deutsche Handelsdienst erfährt, die Schaffung einer selbständigen Bank für die europäischen Staaten geplant. Da somit die Voraussetzungen für die geplante Gründung einer russisch-schwedischen Bank weggefallen sind, hat das Hauptkomitee für Konzessionen einen diesbezüglichen Antrag schwedischer Finanzkreise abgelehnt.

## Deutschland zahlt an Polen Entschädigungen für Sozialversicherung.

**Warschau, 25. Juli.** (Tel.-Un.) Der französische Deputiert. Albert Thomas hat durch ein Telegramm aus London den dortigen polnischen Geschäftsträger Wachowiak benachrichtigt, daß der Völkerfordert hat, an Polen 125 Millionen deutsche Mark zu zahlen als fordert hat, an Zolen 125 Millionen deutsche Mark zu zahlen als Entschädigung für die geleisteten Sozialversicherungsbeiträge in de ehemals preußischen Provinzen.

## Der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich.

**Berlin, 24. Juli.** Wie das „Achtuhr-Abendblatt" erfährt, beurteilt man in parlamentarischen Kreisen den Konflikt zwischen Bayern und dem Reiche als sehr ernst. Es müsse festgestellt werden, daß die Spannung zwischen Berlin und München noch nie einen derartigen Grad erreicht habe, wie jetzt. Auf keinen Fall werde die Reichsregierung dulden dürfen, daß sich ein Einzelstaat der Durchführung von auf verfassungsmäßigem Wege zustandegekommenen Reichsgesetzen widersetze. Wenn nicht noch im letzten Augenblick in den führenden politischen Kreisen die Verfassungstreue siege, so werde man vor der sehr ernsten Notwendigkeit stehen, gegen Bayern die aus einem solchen Verstoß sich ergebenden verfassungsmäßigen Konsequenzen zu ziehen. Die Reichsverfassung bietet dem Reichspräsidenten die Handhabe, sowohl mit der bewaffneten Macht und durch einen Reichskommissar die Durchführung der Reichsgesetze herbeizuführen, wie auch jedes bayerische Sondergesetz, das gegen die Reichsverfassung verstoße, außer Kraft zu setzen. Die bayerische Regierung müßte unter Umständen auch damit rechnen, daß sofort eine Gegenaktion der Arbeiter im Reiche einsetzt, die vermutlich auch mit einer Unterbindung der Kohlenversorgung Bayerns den bayerischen Widerstand beantworten würden.

### Warnung Nordbayernan Münchens.

**München, 25. Juli.** (Tel.-Un.) 21 in Nürnberg versammelte nordbayerische Bürgermeister haben in einer gestern nachmittag stattgefundenen Besprechung das folgende Telegramm an den Ministerpräsidenten und an den Landtagspräsidenten abgesandt: 21 in Nürnberg versammelte Bürgermeister der nordbayerischen Städte Nürnberg, Fürth, Würzburg, Erlangen, Bamberg, Anspach, Schwabach, Roth, Weißenburg, Rotenberg, Dinkelsbühl, Bayreuth, Koburg, Hersbruck, Markt-Redlitz, Schweinfurt, Selbst und Eichstedt stellen angesichts der nordbayerischen Verhältnisse an die Regierung und Landtag besorgten Herzens die dringende Bitte, nichts zu unternehmen, was das Verbleiben Bayerns beim Reich gefährden und über Reich und Land und Volk schwere Erschütterungen bringen könnte. Wir bitten heute mittag 1 Uhr eine Vertretung zur mündlichen Aussprache zu empfangen. Als Vertretung für die Aussprache wurden bestimmt die Oberbürgermeister Wächter-Bamberg, Dr. Luppe-Nürnberg, Dr. Wild-Fürth und Bürgermeister Dr. Zahn-Würzburg. Der Stadtrat hat abends mit allen Stimmen seiner kleinsten Fraktionen, der der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei, beschlossen, an den Ministerpräsidenten und an den Landtagspräsidenten Königsbauer folgendes Telegramm zu richten: Der Stadtrat Nürnberg steht in unwandelbarer Treue zum Deutschen Reich. Er weiß sich eins mit der gesamten Bevölkerung Nürnbergs in dem Ziele, die Reichseinheit gegen alle Angriffe zu bewahren, und er legt Verwahrung ein gegen eine Mißachtung verfassungsmäßig erlassener Reichsgesetze. Er warnt Regierung und Landtag auf das dringendste vor einem Bruch mit dem Reich, der die Zertrümmerung Bayerns und ein weiteres furchtbares Unheil für das Reich bedeuten würde. Der Stadtrat erläßt zugleich an die Bürgerschaft das Ersuchen, sich trotz der begreiflichen Erregung aller unüberlegten Schritte und Handlungen zu enthalten.

## Politische Tagesneuigkeiten.

**Wiederherstellung der transsibirischen Eisenbahn.** Nach einer Moskauer Blättermeldung wird die Frage der Wiederherstellung der transsibirischen Eisenbahn in sowjetrussischen Wirtschaftskreisen lebhaft erörtert. Durch den Bürgerkrieg ist der Schienenweg kilometerweit vollständig zerstört worden. Die Republik des Fernen Ostens soll jedoch einen Teil der Eisenbahn, und zwar die Transbaikalbahn, wiederhergestellt haben. Außerdem soll eine neugebildete Aktiengesellschaft eine andere Linie dieser Bahn, die Amur-Linie, die von Tschita über Ussurisk nach Wladiwostok führt, von der Republik des Fernen Ostens in Pacht genommen haben, wobei vier Fünftel der Aktien in japanische Hände gelangten, ein Beweis dafür, wie geschickt Japan es versteht, immer festeren Fuß in Sibirien zu fassen. Nach den Berechnungen des räterussischen Transportkommissariats bedürfte es, um einen normalen Verkehr auch auf sowjetrussischem Boden zu ermöglichen, ungeheurer Mittel, die von räterussischer Seite allein nicht aufgebracht werden könnten. Die Aussicht auf eine Wiedereröffnung der durchgehenden Eisenbahn sei zurzeit also noch sehr gering, außer wenn es gelänge, ausländisches Kapital für diesen größten Schienenweg der Welt heranzuziehen.

**Sawinkows Tätigkeit in Danzig.** Das weißruthenische Pressebureau meldet aus Danzig: Der unter dem Druck der Moskauer Regierung aus Warschau ausgewiesene Sawinkow wohnt gegenwärtig mit seinen Helfershelfern im Danziger Hotel „Königshof". Sawinkow, der bereits vor, während und nach dem Weltkriege in französischem Interesse gegen Deutschland Propaganda machte, beabsichtigt, nachdem Polen iun ausgewiesen und die Tschechen ihm seine Einreise nicht gestattet haben, in Danzig eine russische Zeitung mit französischem Gelde herauszugeben. Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß Sawinkow, der einstige Kerenski-Minister, von dem sich die Partei der sozialrevolutionären Terroristen lossagte, mit französischem Gelde in Danzig eine großzügige Propaganda treibt und ein antideutsches Spionagebureau unterhält.

Verantwortlich: für Politik und Handel: J. V. Theodor Kania; für Lokal- und Provinzialzeitung, Kunst und Wissenschaft: J. V. Dr. Martin Meister. Für den Anzeigenteil: B. Sikorski. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

# FERROPOL?

**Poln. Briefmarken** kauft zu höchsten Preisen **Albr. Kohler, Stuttgart, Metzstr. 26.**

# R. Deutschendorf & Co.

**Danzig, Milchkannengasse 25**

Gegründet 1869 :-: Telephon 346, 5907

**Fabrik für Säcke, Erntepläne, wasserdichte Pläne, Decken.** [7970

**Großhandlung von Juteleinen u. Baumwollwaren.**

# FERROPOL?

Die Verlobung unserer Tochter **Clara** mit dem Konsistorial-Sekretär Herrn **Gerhard Maass**, Leutnant des Marine-ingenieurwesens a. D., sowie die unserer Tochter **Meta** mit dem Bankbeamten Herrn **Carl Junge** zeigen ergebenst an

Brauereibesitzer

**Emil Schmidtke und Frau**

8190] Julia, geb. Fischer

Swarzędz, den 26. Juli 1922

**Clara Schmidtke**
**Gerhard Maass**
Verlobte

**Meta Schmidtke**
**Carl Junge**
Verlobte

Swarzędz Poznań

## Arbeitsmarkt

Zum 1. 10. d. Js. wird für das Hauptgut der **Herrschaft Owinska** [8206

**ein unverh., jüng. Inspektor,**

der auch die polnische Sprache beherrscht, gesucht. Meld. mit Zeugnisabschriften sind zu richten an **Peschel, Owinska.**

Suche von sofort auf 1100 Morgen großes Gut

**2 Eleven zur Erlernung der Landwirtschaft.**

Offerten mit Lebenslauf sind zu richten an Administrator **Schneider** in **Widlin**, Post Przyjaźń, powiat Kartuzy. [8199

**Tüchtiger Brennereiverwalter**

für meine **Brennerei mit Kartoffeltrocknung** und elektr. Lichtanlage zu möglichst baldigem Antritt **gesucht.** [8183

**H. Bitter, Nagradowice b. Gądki.**

Suche für sofort

**gebildete Dame zur Leitung meines Landhaushaltes.** [8203

**Petzel, Obrzysko Stare, pow. Kościański.**

**Junges Mädchen,** welches bereits in Stellung war, zur **Unterstützung im Haushalt gesucht.** Familienanschl. meiner [8197 Frau **Gutsbes. Schendel, Radom b. Połajewo, pow. Obornik.**

## Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß:

1. der Abteilungs-Vorsteher beim staatlichen Fürsorgeamt in **Berlin, Herbert Gustav Schönfeld,** wohnhaft in **Berlin-Reinickendorf,**
2. die Telegraphen-Betriebs-Assistentin **Emilie Marie Schultze,** wohnhaft in **Nordhausen (Harz)**

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in den Gemeinden **Nordhausen, Berlin-Reinickendorf** und durch das in **Posen** erscheinende „Posener Tageblatt" zu erfolgen.

Etwaige auf Ehehindernisse sich stützende Einsprachen haben binnen zwei Wochen bei dem Unterzeichneten zu geschehen.

**Nordhausen am Harz,** am 22. Juli 1922.

**Der Standesbeamte**
**des preußischen Standesamts zu Nordhausen.**
Echtermeyer. [8214

Meine Fabrikate:

**Starke Breitdreschmaschinen**
mit Automobillagern, größte Leistung, leichtester Gang, reinster Drusch.

**Kräftige Trommel-Häckselmaschinen** [2085 b
in gediegener Ausführung, Messer aus bestem Stahl geschmiedet.

**Getreidereinigungsmaschinen u. Windfegen**
in hochvollendeter Ausführung.

**kaufen Sie bei mir für billigste Preise.**
**Lager aller Maschinen u. Ackergeräte.**
Reparaturen schnell und billig.

**Maschinenfabrik und Eisengießerei**
**K. Mielke, Chodzież,** früher Kolmar.

**Der neue polnische Post-Tarif**

auf Karton und mit Oese versehen.

**Preis Mark 20,—,**

zu beziehen durch die

**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.** Poznań, ulica Zwierzyniecka 6.

**Dachpappen**
**Steinkohlenteer**
**Klebemasse**
**Dachlack** bester Anstrich f. Pappdächer.
**Carbolineum** bester Holzanstrich,
**Kienteer**
**Holzteer**
**Eisenlack**
**Portland-Zement**
**Stückkalk**
**Gips**
**Rohrgewebe**
**Tonkrippen pp.**
**Kohlen-Koks**
liefern prompt [7703
**Graudenzer Dachpappenfabrik, Venzke & Duday, Grudziądz.** Fernruf 38.

Suche für meinen Klienten [8198

**ein Gut von 1300 bis 2000 Morg.**

Erforderlich ist über 100 Morg. älterer Wald, bis 200 Morg. Wiese, guter Weizenboden, erstklassige Gebäude und in der Nähe der Bahn. **Auch andere Objekte für kapitalkräftige Reflektanten werden gesucht.**

**Dom Komisowo-Handlowy**
**Fr. Kempa, Leszno, Dworcowa 52.**

Guterhaltene, betriebssichere [8201

# Lokomobile

von ca. 120—150 PS. zu kaufen gesucht.

**Zuckerfabrik Melno, pow. Grudziądz.**

**Ich suche für zwei Bekannte aus der Schweiz**
— **ernste Reflektanten** —

# 2 Wirtschaften

von je **etwa 200 Morgen zu kaufen.** — Regulierung auf Wunsch. Vermittler nicht erwünscht. — Offert. unt. **8209** an die Geschäftsstelle dieses Blattes baldigst erbeten.

# Damenreitpferd,

gut geritten, fromm, mit guten Beinen, nicht zu alt, wenigstens 1,70 Meter hoch, **zu kaufen gesucht.** Am liebsten Fuchs mit Fasanenschweif. Offerten unt. **8180** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Suche sofort für ernste Käufer**

# Wirtschaften und Güter

in jeder Größe, bis 40 000 Morg., ferner etliche **größere Dampfmühlen, Villen und Häuser.** Gefällige Offerten erbitte! [8178

**Güteragentur A. Molinek, Poznań,**
**Zwierzyniecka 10 a. Tel. 1564.**

# Wichtig für Konditoreien!

## Van den Bergh's holländische Ziehbutter

**(Pflanzenmargarine)**

**frisch eingetroffen.**

Fabrikniederlage Poznań:

## JAN KAJEWSKI,

**ulica 27. Grudnia 5.**

Telephon 2545. Telegr.-Adr.: „Janka", Poznań. Postschließfach 85.

[883

**Deutscher Heimatsbote in Polen**

**Kalender 1922**

herausgegeben von der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes Bromberg, versendet zum herabgesetzten Preise von **200 Mark** zuzüglich 10 Mark Versandspesen.

**Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.**
**Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.**

**Evangelische Schülerinnen**
**werden in Pension genommen.**
**Anmeldungen** möglichst sogleich unt. **8210** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Welches sol., jg. Mädchen möchte Mitbewohnerin** eines freundlich **möblierten Zimmers** im Zentr. d. Stadt sein, das von jg. Mädchen bewohnt wird? Gefl. Ang. unt. **D. 8208** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

**Photogr. Atelier „beim Schloss"** (Św. Marcin 37). **Moderne Porträts** für Legitimationen. Auf eilige Photographien kann gewartet werden.

**Empfehle gute Pension**

**in deutsch. Familie für 2—3 schulpfl. Mädchen.** Eigene Betten erforderlich. — Offert. unt. **8213** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

# Kaufmann,

29 J., ev., welcher bald einen größeren kaufm. Betrieb übernimmt, wünscht mit gebildeter und vermögender Dame zwecks

**Heirat**

**in Verkehr zu treten.** — Offerten mit Bild unt. **8211** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

**Gebr. Selbstbinder (Doering), Heuwender (Stabil),**
sehr gut erhalten, verkauft billigst [8195
**Deichert, Piątkowo b. Winiary** (Poznań Wschód).

**Gärtner,**
39 J. alt, verh., 26 Jahre im Fach tätig, **sucht** z. 1. Oktober **Stellung auf einem Gute.**
**Alex Napierala, Zgierzynka, p. Nowy Tomyśl**

**Achtung! Auswanderer!**
**Kaufe** sämtliche **Kleider, Wäsche, altes Eisen, Blei, Zink u. Kupfer.**
8202] **Przybylski, ul. Długa 6 I.**

**Ich suche zu kaufen:**

**1 Wasserwagen zum Dampfpflug.**

**Paul Seler,**
**Maschinen-Fabrik,**
Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Gesucht für größeres Dom. zuverlässiges, praktisch veranlagtes **Fräulein,** des Polnischen in Wort und Schrift firm, gute Handschrift, als

**Buchhalterin**

und für Dampfsägewerk erfahrenen, einfachen

**Holzfachmann als Regimenter.**

Gefl. Offerten unter **A. Z. 8204** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

**Ich suche für einen Förster,** [8155

33 Jahre alt, verheiratet, kinderlos, **Stellung.** — Derselbe ist mit allen ins Fach schlagenden Arbeiten bestens vertraut.
**Schmolke,** Forstreinichter, z. Zt. Forstamt **Jarocin.**

**Zu bald, spätestens 1. Oktober eine**

# Erzieherin

zu 2 Knaben von 8 und 6 Jahren **gesucht.** [8194
Bewerbungen an
**Frau Rittergutsbesitzer Niehoff, Skarszewo,** p. Laskowice (Pomorze).

# Näherin

**und einige jüngere Mädchen** [278
**zum Erlernen der Stickerei gesucht.**

**C. Szwarz,**
**Kanalstr. 14.** — **Strickerei.**

**Versteigerung.**

**Am Sonnabend, d. 29. Juli, vormittags 11 Uhr,** werden in **Piątkowo** (früh. Schönherrnhausen) folgende Sachen wegen Fortzuges freihändig **verkauft:**

**1 Pferd, 1 Kuh,**
**2 Schweine, Hühner,**
**1 Getreidemäher,**
**1 Breitdreschmaschine,**
**1 Häckselmaschine,**
**1 Drillmaschine,**
**3 Ackerwagen** u. sämtl.
**Ackergeräte** und andere Sachen.
8196 **Der Besitzer Heinrich Schuhmann.**

**Suchen Sie Käufer?** [1830

Für festentschlossene zahlungsfähige Käufer suchen wir **Güter, Landwirtschaften, Ziegeleien, Fabriken, Geschäfts- und Hausgrundstücke** sowie Geschäfte aller Art.

**Meckelburg & Co.**
**Handelsfirma, Zentrale Poznań, Zeyce, ul. Patr. Jackowskiego 35.**

**Zeitungs-Bestellzettel f. Postabonnement.**

Unterzeichneter bestellt hiermit

**1 Posener Tageblatt** (Posener Warte)

für die Monate August-September 1922 durch die Post zum Preise von M. 440.— monatlich zuzüglich Zustellgebühr.

Es darf auch jeder Monat einzeln bestellt werden.

Name ............ Wohnort ............

............ Straße ............

**Fahrrad-Handlung!**

gr. **Reparatur-Werkstatt,** 3 Räume, elektr. Licht, Werkzeug neue Ware, Ladentisch, Regal usw. zum festen Preis v. **50 000 Mk. zu verkaufen.** Gesamtlänge der Räume 23 m. ohne Wohnung. Notwohnung vorhanden. — Offerten unter **Nr. 1344** an **Annoncen-Exped. C. B. „Express"** Bydgoszcz. [8164

Stellengesuche

**Dame,** evang., 41 J., 19 J. eigen. Gutshaushalt (1200 Mrg.) vorgest., sparsam, erfahren in einfacher wie feiner Küche, Einmachen, Einschlachten, Federviehzucht, Gartenbau **sucht Stellung** als **Hausdame** oder **Pflegerin,** da vor 2 J. staatl. Schwesterprüfung abgelegt. Gefl. Offerten unt. **8207** an d. Geschäftsstelle d. Bl. erb.

**Landwirtstochter,** wünscht weitere **Erlernung des Haushalts auf einem groß. Gute.** Offerten unt. **8205** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

**Besseres Fräulein**

**sucht Posten zu Kindern.** Polnisch und Deutsch. Offert.: **Łódź, Karola Ilwg 6, Ferderer.** [8151

**Junger Kaufmann,**

23 Jahre alt, spricht fließend Polnisch, Deutsch, Englisch, **sucht sofort Stellung** in **Poznań, Danzig oder Ausland.** — Offerten unt. **8212** an die Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Donnerstag, 27. Juli 1922. **Posener Tageblatt.** Beilage zu Nr. 166.

# Ein Presseprozeß.

Vor der zweiten Ferienstrafkammer des Posener Sąd Okręgowy hatte sich am 25. Juli der Hauptschriftleiter des „Posener Tageblattes“, Dr. Wilhelm Loewenthal, als Angeklagter zu verantworten. Es handelte sich um zwei Leitaufsätze aus dem Jahre 1921, nämlich die Aufsätze „Gegen Gesetz und Recht“ (Nr. 76; 28. Mai 1921) und „Bedrohung von Hab und Gut (Nr. 81; 3. Juni 1921). Beide Aufsätze hatten die Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter zum Gegenstand. Die Anklage sah in diesen Veröffentlichungen Vergehen im Sinne der §§ 131, 187, 196 des Strafgesetzbuches und des § 20 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874.

Nach Feststellung der Personalien und Verlesung der unter Anklage gestellten Aufsätze erhielt der Angeklagte das Wort. Er sagte:

„Die Anklageschrift wirft mir vor, ich hätte in den beiden zur Verhandlung stehenden Aufsätzen Maßnahmen einer polnischen Staatsbehörde, nämlich der Domänenverwaltung, verächtlich machen wollen, und ich hätte das getan, indem ich erdichtete oder entstellte Tatsachen verbreitet hätte, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt seien.

Nach beiden Richtungen weiß ich mich von jeder Schuld frei. Der Zweck der beiden Aufsätze war nicht die Verächtlichung behördlicher Maßnahmen, sondern die Wahrung der Interessen einer damals wirtschaftlich schwer bedrohten Gruppe polnischer Staatsbürger, und dabei einer Gruppe von Staatsbürgern, deren wirtschaftliche Tätigkeit nicht nur für ihr eigenes Dasein von großer Bedeutung war, sondern auch für die Volkswirtschaft in Polen. Beachten Sie, bitte, die Daten der Zeitungsnummern, in denen diese Aufsätze erschienen: sie stammen aus den letzten Maitagen und den ersten Junitagen des vorigen Jahres. Am 1. Juli sollten die deutschen Domänenpächter ihre Pachtungen räumen, — so stand es in den Kündigungsschreiben, die ihnen zugingen. Es war also keine Zeit zu verlieren, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die Behörden von ihren Maßnahmen gegen die Domänenpächter abzubringen. Dieser Versuch mußte um so mehr gemacht werden, als nach meiner damaligen Überzeugung — und nicht nur nach meiner Überzeugung — gerade damals, im Anfang des Sommers, alles getan werden mußte, um die Ergiebigkeit der Landwirtschaft hier im Lande zu steigern und eine möglichst reiche Ernte zu ermöglichen. Das war im Interesse der Volksernährung gerade im vergangenen Jahre dringend notwendig, wie Ihnen selbst bekannt sein wird, meine Herren Richter. Eine so tief einschneidende Maßnahme wie die Entfernung von etwa 150 Domänenpächtern gerade vor der Ernte und die Einsetzung von neuen, zum großen oder größten Teil mit den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht voll vertrauten Pächtern gerade in dieser Zeit konnte unmöglich als wirtschaftlich günstig angesehen werden. Im Gegenteil. Es war zu befürchten, daß dieser Wechsel in der Verwaltung und Bewirtschaftung der Domänen schwere wirtschaftliche Schäden zur Folge haben würde, daß an die Stelle der zuverlässigen, erprobten Erfahrung alteingesessener, zum großen Teil mit dem Boden verwachsener Pächter Versuche von Neulingen treten würden. Für solche Versuche war damals keine Zeit.

Der Zweck also, zu dem diese Aufsätze veröffentlicht wurden, kann nicht strafbar sein. Dieser Zweck war — ich wiederhole es — nicht Verächtlichmachung einer Staatsbehörde und ihrer Maßnahmen, sondern die Wahrnehmung eines öffentlichen Interesses von größter Bedeutung.

Wenn aber der Zweck nicht strafbar war, — waren die Mittel strafbar, mit denen die Erreichung dieses Zweckes versucht wurde?

Das Hauptmittel, das mir zur Verfügung stand, war die Kritik an den Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter.

Diese Kritik stützte sich auf Angaben, die mir von durchaus zuverlässiger, glaubwürdiger Seite, zum Teil von Juristen, zum Teil von Landwirten, zugingen. Ich hatte keinen Anlaß, die Glaubwürdigkeit und die Wahrhaftigkeit dieser Angaben zu bezweifeln, die mir in der allerbestimmtesten Form, zum größten Teil mit genauer Nennung von Namen, Orten und Daten gemacht wurden. Selbst wenn diese Angaben falsch oder entstellt gewesen sein sollten, kann davon keine Rede sein, daß ich gewußt hätte, daß sie falsch oder entstellt waren. Das müßte mir erst bewiesen werden. Und das ist mir nicht bewiesen worden, und kann mir nicht bewiesen werden.

Aber waren diese Angaben überhaupt falsch oder entstellt?

Nach der Anklageschrift soll es falsch sein, daß die Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter der Entdeutschung des Landes dienten. Ja, welchen andern Zweck hatten sie dann? Es handelt sich ja doch nur um die deutschen Domänenpächter. Kann denn irgend ein Mensch glauben, daß gerade diese 150 oder mehr deutschen Domänenpächter, die größtenteils seit vielen, vielen Jahren, zum Teil seit Jahrzehnten, ihre Pachtungen bewirtschafteten, so schlechte Landwirte waren, daß im Interesse der Volkswirtschaft ihre Entfernung notwendig war? Und, meine Herren, nicht widerlegt ist bis jetzt die Tatsache, daß in einem Fall der Dirigent der Domänenabteilung selbst zu polnischen Arbeitern, die für den deutschen Domänenpächter eintraten, sagte, daß der polnische Staat erst dann richtig auf seinen Gütern wirtschaften könne, wenn alle deutschen Pächter entfernt sein würden. Die Anklageschrift zitiert selbst diesen Satz aus dem inkriminierten Aufsatz „Gegen Gesetz und Recht“ als Beweis für meine angebliche Schuld. Den Beweis dafür, daß an dieser Stelle jenes Aufsatzes eine Unwahrheit ausgesprochen ist, bleibt sie schuldig. Solange mir nicht bewiesen wird, daß der Domänendirigent die in Frage stehenden Worte nicht gesprochen hat, muß ich glauben, daß er sie wirklich gesprochen hat, denn die Mitteilung davon ging mir, wie ich schon sagte, von durchaus glaubwürdiger Seite zu. Hat aber der Domänendirigent diese Worte gesprochen, dann halte ich mich auch für berechtigt, zu sagen, daß die Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter den Zweck der Entdeutschung hatten. Und damit fällt alles, was in dieser Beziehung die Anklageschrift gegen mich vorbringt.

Mir wird weiter vorgeworfen, daß ich von der Rechtswidrigkeit der behördlichen Maßnahmen gegen die deutschen Domänenpächter gesprochen habe. Ich weiß genau, daß nicht ich allein bezweifle, daß diese Maßnahmen ganz auf dem Boden des Rechts standen. Solche Zweifel wurden vielfach auch von anderer Seite geäußert, und zwar auch von Polen und auch von polnischen Juristen.

Der Kernpunkt der Frage ist und bleibt: Ist der polnische Staat der Rechtsnachfolger des preußischen Fiskus oder ist er es nicht? Dieser Frage gegenüber hat der polnische Staat selbst sich ganz zweifellos in Widersprüche verwickelt und dadurch selbst der juristischen Kritik Tür und Tor geöffnet. Er hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß er nicht Rechtsnachfolger der preußischen Regierung sei, als er die Pachtverträge mit den deutschen Domänenpächtern einseitig aufhob — trat er in die Rechte und Pflichten der preußischen Regierung als Verpächter ein, durfte er das natürlich nicht tun —, und er hat auf der anderen Seite selbst für sich die Rechte des Verpächters, also des Rechtsnachfolgers der preußischen Regierung in Anspruch genommen, als er auf Grund des Pachtvertrages bestimmte Leistungen von den deutschen Domänenpächtern verlangte. Solange dieser offensichtliche und unbestreitbare Widerspruch besteht, kann unmöglich verlangt werden, daß das Vorgehen der Domänenverwaltung gegen die deutschen Domänenpächter als ohne Zweifel rechtlich begründet anerkannt wird. Entweder gilt der Vertrag, den der preußische Fiskus mit dem Pächter abschloß, oder er gilt nicht. Ein Drittes gibt es nicht. Wird aber bald so, bald so verfahren, dann nützt alle Berufung auf den Friedensvertrag nichts: der Domänenfiskus macht selbst die juristische Kritik notwendig und ruft selbst durch sein Verhalten den Zweifel hervor, ob seine Maßnahmen juristisch zu begründen sind.

Diese Lage der Dinge macht nicht nur die Klagen der deutschen Domänenpächter — die eben auch in den inkriminierten Aufsätzen des „Posener Tageblattes“ zum Ausdruck kamen — begreiflich und berechtigt, sondern auch die schweren Bedenken aller derer, denen daran lag, daß hier im Lande klare Rechtsverhältnisse herrschten, daß man wußte, woran man sich zu halten hätte.

Aber das Verhalten des Domänenfiskus konnte und durfte nicht nur als Rechtswidrigkeit, sondern auch als Bruch eines gegebenen Versprechens angesehen werden. Zweimal ist dieses Versprechen feierlich ausgesprochen worden, wie in dem inkriminierten Aufsatz „Gegen Gesetz und Recht“ gezeigt ist. Einmal in dem berühmten Aufruf der Naczelna Rada Ludowa, die als Mandatar der polnischen Regierung am 30. Juni 1919 sagte: „Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie Rechte aus den Arbeiterversicherungen und den Gesetzen über die Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten sowie der Witwen und Waisen gefallener Krieger. Rechte über Pachtverträge usw. werden hierdurch gewährleistet.“ Das andere Mal in den Worten des Teilgebietsministers Kucharski, der den deutschen Sejmabgeordneten ausdrücklich erklärte, daß die von der preußischen Regierung ordnungsmäßig geschlossenen Domänenpachtverträge für den polnischen Staat rechtsverbindlich seien. Auch dieser Widerspruch zwischen Theorie und Praxis machte, wie mir scheint, die vom „Posener Tageblatt“ geübte Kritik zulässig und notwendig.

Eine solche Kritik wird aber notwendig auch durch die Maßnahmen, die der Domänenfiskus gegenüber dem Inventar der deutschen Domänenpächter anwandte. Mir wird vorgeworfen, ich hätte erdichtete oder entstellte Tatsachen verbreitet, als ich in den inkriminierten Aufsätzen schrieb, der Staat wolle die Deutschen nicht nur vertreiben, sondern wolle ihnen auch ihr Vermögen, das heißt ihr Inventar, nehmen.

Habe ich damit eine Unwahrheit gesagt?

Als diese Aufsätze geschrieben wurden, da wurde die Sache so gehandhabt, daß das Inventar des deutschen Domänenpächters zwangsweise taxiert wurde. Damit war es zunächst dem Pächter, dessen Privateigentum dieses Inventar darstellte, tatsächlich genommen. Er hatte nicht volles Verfügungsrecht über seine eigenen Sachen, er durfte sie nicht freihändig verkaufen. Und wie fiel die Taxe aus? Die Abschätzungskommission bestand aus je einem von dem bisherigen und von dem neuen Pächter beauftragten Taxator und einem von der Regierung gestellten Obmann, der, wie mir berichtet wurde, fast stets auf ungefähr denselben Wert erkannte, den der Taxator des neuen Pächters angegeben hatte: das machte aber fast stets nur etwa ein Drittel oder ein Viertel des vom Taxator des alten Pächters angegebenen Wertes aus. Dazu kommt, daß nach der eigenen Angabe des Domänendezernenten die Domänenverwaltung bei Bezahlung des Inventars nur bis zum 25fachen des Friedens-Nennbetrages (in polnischer Währung!) gehen wollte. Was das tatsächlich bedeutet, ist leicht auszurechnen. Die polnische Mark fiel im Juli 1921 auf 4, 3 und 2 Pfennige, hatte also den Wert eines Fünfundzwanzigstels oder gar eines Fünfzigstels der deutschen Mark; der Wert der deutschen Mark aber schwankte damals, wenn ich mich recht erinnere zwischen einem Zwölftel und einem Zwanzigstel ihres Friedenswertes. Demnach hätte bei Zugrundelegung des Friedenswertes das Dreihundertfache bis Tausendfache des ursprünglichen Nennbetrages für das Inventar bezahlt werden müssen, und das Fünfundzwanzigfache, das den deutschen Domänenpächtern im besten Falle geboten wurde, bedeutete in Wirklichkeit ein Nichts. Damit ist die Sache aber noch nicht zu Ende. Der Domänenfiskus machte eine Gegenrechnung auf, indem er auf Kosten des alten Pächters Reparaturarbeiten auf der Domäne in solchem Umfange vornehmen ließ, daß auch jenes Fünfundzwanzigfache illusorisch wurde und der alte Pächter tatsächlich um sein ganzes Vermögen gebracht wurde. Mir wird berichtet, daß er in einzelnen Fällen sogar noch zuzahlen mußte. Ich glaube, daß angesichts dieser Verhältnisse die in den inkriminierten Aufsätzen gebrauchten Ausdrücke nicht zu stark waren, und daß ich wirklich berechtigt war, von einer „Bedrohung von Hab und Gut“ zu sprechen. Es kommt dazu, daß in vielen Fällen eigenmächtige Maßnahmen der vom Domänenfiskus eingesetzten Zwangsverwalter oder der neuen Pächter den alten Pächter auf seinem Hofe rechtlos machten. So hat in einem Falle der Zwangsverwalter einen Teil der Pferde, die nach der Abschätzung dem bisherigen Pächter als Eigentum zugesprochen worden waren, zwangsweise für Feldarbeiten und Fuhren verwendet und sie durch unsachliche Behandlung in einen solchen Zustand versetzt, daß sie entwertet und unter Umständen unverkäuflich wurden. Sie mußten teilweise als Schlachtpferde verkauft werden. Derselbe Zwangsverwalter nahm für sich ohne weiteres das Recht in Anspruch, die Reit- und Kutschpferde des bisherigen Domänenpächters, dessen unbestreitbares Eigentum, als Arbeitspferde zu verwenden. Das ist ein Beispiel von vielen, — von den vielen Fällen, die in den deutschen Domänenpächtern die bittere Überzeugung wachrufen mußten, daß sie auch zivilrechtlich keinen Schutz mehr genossen, das heißt daß sie nicht mehr Herren ihres Eigentums waren, mit anderen Worten: daß ihnen ihr Eigentum genommen wurde.

Das sind die Dinge, die in den beiden zur Verhandlung stehenden Aufsätzen ihren Niederschlag fanden. Daß nicht nur wir, die deutschen Staatsbürger Polens, diese Dinge so kritisch ansahen, daß auch einsichtige und urteilsfähige Polen der Domänenpächterfrage mit Besorgnis gegenüberstanden, wird bewiesen durch einen Artikel in der Nr. 189 der Posener Ausgabe der „Rzeczpospolita“. Der Artikel stammt von Herrn Dr. Cichowicz-Jabłkowo. Er bringt dort zunächst die Bedenken zum Ausdruck, die die Auswahl der neuen Domänenpächter zum Teil hervorrufen muß (es waren durchaus nicht nur Landwirte, und es waren zum Teil Leute, die, nachdem ihnen die Pacht übergeben war, sie an andere Personen weitergaben), und spricht dann von der Behandlung des Inventars. Dort ist wörtlich zu lesen: „Ich stehe auf dem Standpunkt, daß das Inventar privates Eigentum des Pächters ist, für das der Pächter die Marktpreise fordern kann. Unrecht ist eine niedrigere Schätzung unter dem Deckmantel des so, genannten „Gebrauchswertes.“

Das sind die Tatsachen, die zur Veröffentlichung jener beiden Aufsätze führten. Die Kenntnis dieser Tatsachen genügt, wie mir scheint, zu dem Schluß, daß weder von der Absicht der Verächtlichmachung von Maßnahmen staatlicher Behörden, noch von Verbreitung erdichteter oder entstellter Tatsachen, geschweige denn von der wissentlichen Verbreitung solcher Dinge die Rede sein kann.“

Der Vertreter der Anklage plädierte auf 6 Monate Gefängnis, der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Glatzer, beleuchtete die juristischen Mängel der Anklage und wies darauf hin, daß eine Verurteilung schon darum ausgeschlossen sei, weil nach § 22 des auch hier noch geltenden Reichspressegesetzes Verjährung eingetreten sei.

Der Angeklagte wurde freigesprochen. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

*

Unter der Überschrift

**„In eigener Angelegenheit“**

schreibt uns Herr Versen, jetzt in Bojanowo, früher Pächter der Domäne Kulm bei Birnbaum:

„Am 8. Juni ist ein Jahr vergangen, seit in dem „Theorie und Praxis“ überschriebenen Artikel der Nummer 85 des „Posener

# Nietzsche als Erzieher.

Von Prof. Dr. Gerhard Budde (Hannover).

Seitdem ich mich eingehend mit Nietzsche beschäftigt habe, habe ich es nicht verstehen können, daß es, abgesehen von einer Doktordissertation von Weber über die pädagogischen Gedanken des jungen Nietzsche bislang kein Buch gab, das Nietzsche als Pädagogen behandelt. Schon allein Nietzsches Baseler Vorträge über die Zukunft unserer höheren Lehranstalten enthalten eine solche Fülle von wertvollen pädagogischen Gedanken, daß sie allein schon ein solches Buch rechtfertigen könnten. Die damit berührte bedauerliche Lücke in der philosophisch-pädagogischen Literatur ist jetzt ausgefüllt worden durch das geistvolle Nietzsche-Werk von Martin Havenstein „Nietzsche als Erzieher“, E. S. Mittler u. Sohn, Berlin 1922, dem bekannten Verfasser der Schrift „Vornehmheit und Tüchtigkeit“, der Nietzsche nicht bloß immer wieder gelesen, sondern der ihn offenbar erlebt hat.

Ich habe in meiner „theologischen Pädagogik“ in den Abschnitten über Nietzsche ausdrücklich hervorgehoben, daß Nietzsches Kampf gegen den Intellektualismus und Historismus im höheren Schulwesen im Prinzip durchaus berechtigt war und daß er mit der Kritik, die er an diesem Schulwesen übte, tatsächlich dessen wunde Stelle traf, die es verursacht hat, daß unsere höheren Schulen aus eigentlichen Erziehungsanstalten mehr und mehr bloß Gelehrtenschulen geworden sind. Klarer als viele Fachleute und Schulkonferenzen hat diese Abirrung von dem wahrhaften Bildungsziel ganz ohne Frage Nietzsche erkannt, der sich auch auf diesem Gebiete als genialer Kulturkritiker bewährt hat. Was er darüber in seinen „Baseler Vorträgen“ sagt, wird bei vorurteilsloser Betrachtung auch derjenige in den Grundgedanken als berechtigt anerkennen müssen, der im übrigen Nietzsches Lehre vielleicht ablehnend gegenübersteht. Mit vollem Recht hebt Nietzsche darin hervor, daß der Intellektualismus und Historismus die höheren Schulen mehr und mehr von dem Wege wahrer Menschenbildung auf den einer einseitig gelehrten Bildung gedrängt habe. Dabei weist er mit nicht minderem Recht auch schon darauf hin, daß diese für die deutsche höhere Schule verhängnisvolle Entwickelung nur aufgehalten werden könne, wenn die deutsche Kultur, die ihren Höhepunkt im deutschen Idealismus erreicht hat, zur eigentlichen Grundlage auch der höheren Schulbildung gemacht wird. In diesem schulreformatorischen Gedanken schließ ich mich Nietzsche und seinem geistvollen Interpreten Havenstein unbedingt an.

Aber Nietzsche ist mehr als ein Schulreformer, er ist auch noch mehr als ein Pädagoge, er ist Erzieher. Daß Friedrich Nietzsche nach Anlage und Streben ein Erzieher war, wird niemand bestreiten, der ihn kennt. Gewiß, er war auch ein Denker und ein Künstler, und der Erkenntnistrieb und der künstlerische Gestaltungsdrang haben manchmal seine Seele ganz beherrscht und ihn des Erzieherwillens vergessen lassen Aber in der Regel standen der Künstler und der Denker Nietzsche im Dienste des Erziehers.“ Von Nietzsche stammt das Wort: „Ich erachte jedes Wort für unnütz geschrieben, hinter dem nicht eine Aufforderung zur Tat steckt.“ So kann nur der geborene Erzieher, der Menschenbildner von Beruf reden.

Daß in Nietzsches Person und in seinem Werke große ethische und erzieherische Werte stecken, soll gern und freudig anerkannt werden. Aber es will uns scheinen, daß daneben doch auch manches in Nietzsches Werken und Weltanschauung sich findet, das vom Standpunkt wahrer und echter Erziehung aus Bedenken erregen muß. Wenn Nietzsche keine absolute Wahrheit anerkennt und auch eine allgemein gültige Moral leugnet — und das tut er doch letzten Endes —, dann verfällt er damit in einen Relativismus, den die Pädagogik meiner Meinung nach nicht minder ablehnen muß als der Relativismus des Sozialismus, der seine Maßstäbe einem ewig wechselnden Mehrheitswillen entnimmt. Ob der Relativismus individualistisch oder sozialistisch ist, immer bleibt er ein Relativismus. So schroff sich auch der Nietzsche-Individualismus und der Sozialismus sonst gegenüberstehen, so berühren sie sich doch darin, daß sie beide die letzten Maßstäbe aus dem menschlichen Kreise — her aus dem Individuum, dort aus der Gesellschaft — entnehmen zu können glauben. Innerhalb dieses Kreises aber gibt es keine absoluten Werte, sondern nur einen ewigen Wechsel; innerhalb seiner ist deshalb niemals, mag man nun seinen Standpunkt im Individuum oder in der Gesellschaft nehmen, über einen Relativismus hinauszukommen.

Wir brauchen aber für die Erziehung wie für die Weiter- und Höherentwicklung der Kultur absolute Werte. Diese sind nur zu gewinnen, wenn man seinen Standort in einem über Individuum und Gesellschaft hinausliegenden Kreise einnimmt, wie es Rudolf Eucken in seiner Philosophie des Geisteslebens tut, die damit auch dem von Nietzsche sonst so gepriesenen deutschen Idealismus am nächsten kommt. Deshalb erscheint mir auch diese Philosophie Euckens die geeignetste für die Grundlegung einer modernen Erziehungslehre zu sein. Dabei denke ich nicht bloß an die Jugenderziehung, sondern auch an die gesamte Volkserziehung. Auch für diese kann der ethische Aktivismus Euckens, der in einem zeitüberlegenen Geistesleben mit unwandelbaren Normen wurzelt, außerordentlich fruchtbringend werden und vor allem auch den durch Spengler noch verstärkten Pessimismus überwinden, der gerade in der Gegenwart infolge des Zusammenbruchs unseres Vaterlandes lähmend auf weiteren Volkskreisen liegt und die Verjüngung und Erneuerung unserer greisenhaft gewordenen Kultur stark hemmt.

Damit soll — ich wiederhole dies — keinesfalls bestritten werden, daß auch Nietzsche unserm Volke ein Erzieher sein kann, besonders ein solcher Nietzsche, wie ihn uns Havenstein mit feinstem Einfühlen in die Eigenart des genialen Mannes und mit warmer Begeisterung vor Augen stellt. Aber bei Nietzsche finden wir die erzieherischen Werte doch mehr in Einzelgedanken als in den Grundgedanken eines geschlossenen philosophischen Systems. In diesen klaffen Widersprüche, die zu überbrücken auch dem glühendsten Verehrer Nietzsches nicht gelingen wird. Nietzsche gehört nicht zu den eigentlich großen Philosophen, aber wohl ist er der größte und genialste Kulturkritiker unserer Zeit gewesen. Kein anderer hat die Schäden der modernen Kultur mit so scharfem Blick erkannt und mit so sicherem Griffe bloßgelegt wie er, aber einen gangbaren Weg zu ihrer Beseitigung zu zeigen, ist ihm unserer Meinung nach nicht gelungen.

Was er aber trotzdem an dauernden Einzelwerten auf den verschiedenen Gebieten geschaffen hat, das hat Havenstein in seinem glänzend geschriebenen Nietzsche-Werk in einer Weise herausgehoben und dargestellt, die den Leser unwiderstehlich mit fortreißt und höchste Bewunderung und Anerkennung verdient.

# Bunte Zeitung.

○ **Schwimmende englische Ausstellungen.** Während die ursprünglich für den Sommer 1922 geplant gewesene, alsdann auf 1923 verschobene Ausreise des englischen Ausstellungsdampfers „British Industrie“ neueren Nachrichten zufolge mit Rücksicht auf die Flaue im englischen Geschäftsleben zunächst bis 1924 verschoben worden ist, soll, wie das Ausstellungs- und Messeamt der Deutschen Industrie erfährt, eine von anderer Seite unter dem Namen „British Trade“ ausgerüstete schwimmende Ausstellung England verlassen. Bei dem letzteren Projekt handelt es sich um den 1902 vom Stapel gelaufenen 9000 Tonnen fassenden früheren Orientdampfer „Orontes“, der hauptsächlich Erzeugnisse der Motor- und Maschinen-Industrie mitnehmen soll; die ausschließlich britische Herkunft der Ausstellungsgegenstände ist Bedingung. Ein Prospekt der Veranstaltung kann in der Geschäftsstelle des Ausstellungs- und Messeamts der Deutschen Industrie, Berlin NW. 40, Hindersinstr. 2, eingesehen werden.

Tageblattes" eine Schilderung gegeben wurde, wie ich mit der von mir gepachteten Domäne Kulm bei Birnbaum — jetzt Kolno, bei Międzychód — seitens der Domänenabteilung in Posen, vertreten durch die Herren Dr. Ossowicki und Suchowiak, behandelt wurde. Die Ausführungen des genannten Artikels waren meiner Beschwerdeschrift entnommen, die ich durch den Sejmabgeordneten Hasbach dem damaligen Teilgebietsminister Kucharski überreichen ließ. In dieser Schrift hatte ich gegen die Herren Dr. Ossowicki und Suchowiak beim Minister das Disziplinarverfahren wegen Fahrlässigkeit im Amt, begangen bei der Verwaltung der Domäne Kolno, beantragt. Erfolgt ist nichts, denn die Herren wären sonst so schwer kompromittiert worden, daß sie wohl kaum noch heute in ihrem Amte wären. Wegen obenerwähnten Artikels wollten nun die besagten Herren gegen Dr. Loewenthal eine Beleidigungsklage anstrengen. Ein Jahr ist nun verflossen, ich wurde im Januar dieses Jahres zu der Sache hier als Zeuge vernommen, seit dieser Zeit rührt sich nichts. Ich warte sehnlichst darauf, in der Hauptverhandlung als Zeuge vernommen zu werden und werde wohl noch lange warten müssen. Um sich ihre Stellung zu wahren, mußten ja die Herren einen Schritt tun, der nach Abwehr aussah, damit scheint es aber abgetan zu sein. Der springende Punkt bildet die mir zugesagte Rechnungslegung, und diese können mir die Herren nicht vorlegen, obwohl mir solche ausdrücklich zugesagt war. Man hat mir schon Anfang Juni 1919, als ich in Szczypiorno saß — offenbar wurde ich in wohlüberlegter Absicht von neutraler Zone ausgehoben und nach Szczypiorno gebracht —, die Verwaltung der Domäne Kolno aus der Hand genommen, indem man meine Beamten unter Ausschaltung meiner Person einfach aus ihrem Amte setzte. Die Fortnahme der Domäne erfolgte also schon vor dem Friedensvertrag von Versailles, wo der damaligen Domänenabteilung, ebenfalls vertreten durch die Herren Dr. Ossowicki und Suchowiak, noch nicht einmal ein Rechtstitel zur Fortnahme gegeben war, wie solcher dann zwei Jahre später bei der Fortnahme der übrigen Domänen gefunden wurde, trotz der feierlichen gegenteiligen Versprechungen der Naczelna rada ludowa im Juli 1919. Die Verwaltung der Domäne Kolno war dann derart, daß man mir einfach keine Rechnung legen konnte. Trotz meiner Warnungen an die Herren Dr. O. und S. wurde in die Verwaltung nicht eingegriffen, ich aber mit einem höhnischen Schreiben bedacht. Der Ansatz zur Klageerhebung wegen des Artikels „Theorie und Praxis" wurde gemacht, warum wurde aber die Klage nicht durchgeführt?! Weil die ganze Angelegenheit anrührig ist!!! Ich gebe ja zu, je länger man Zeit vergehen läßt, um so schwerer wird dem Gegner der Nachweis gemacht — aber der Nachweis wird erbracht! Dr. Ossowicki brachte es fertig, dem Abgeordneten Hasbach gegenüber, der ihn in meiner Kolnoer Angelegenheit auf Veranlassung des Ministers interpellierte, zu erklären: Herr Versen konnte ja nach Kolno gar nicht zurückkehren, denn er hatte ja den Sohn seines Hofverwalters erschossen. Ich habe mit Dr. O. dreimal wegen Rückgabe von Kolno verhandelt, mir ins Gesicht hat Dr. O. diese Anschuldigung nicht zu erheben gewagt, weil er wußte, daß diese Anschuldigung, wie sie schlimmer nicht erhoben werden konnte, eine niedrige, leichtfertige Verleumdung war. Den polnischen Staatsbürgern deutscher Nationalität, die, um zu ihrem auch durch die polnische Verfassung gewährleisteten Recht zu kommen, sich an den Völkerbund gewandt haben, wird dies zum Vorwurf gemacht. Es würde das Ansehen des polnischen Staates geschädigt. Ich möchte darum einmal die Frage aufwerfen: wodurch wird das Ansehen des Staates schwerer geschädigt, — durch Übergriffe von Staatsbeamten, die ihre Kompetenz zu Ungunsten einer Minorität überschreiten, oder dadurch, daß wir, die unter diesen Übergriffen leidenden Personen, um zu unserm Recht zu kommen, die Flucht in die Öffentlichkeit nehmen, weil sonst ihre Sache einfach stecken bleibt? Versen."

# Deutsches Reich.

** **Mitwirken der Schule zur Festigung der Republik.** Auf Einladung des Reichsministeriums des Innern an die Unterrichtsminister der Länder fand am 19. Juli eine Besprechung über die Maßnahmen statt, die zum Schutze und zur inneren Festigung der Republik von den Unterrichtsverwaltungen der Länder zu treffen sind. Die Richtlinien, die vom Reichsministerium des Innern vorgelegt wurden, fanden mit geringfügigen Abänderungen die Zustimmung der Konferenz. Sie beziehen sich einerseits auf Ausgestaltung des staatsbürgerlichen Unterrichts, Umgestaltung der Lehrfächer und Lehrpläne, Ausbildung und Fortbildung der Lehrer aller Schulgattungen, andererseits auf Maßnahmen der Schulordnung und Disziplin. Die Veröffentlichung der Richtlinien wird in nächster Zeit erfolgen.

** **Die Ablieferung von Oderschiffen.** Auf Grund des Art. 339 des Versailler Vertrages, der bestimmt, daß Deutschland an die alliierten und assoziierten Mächte, die an den internationalisierten Strömen beteiligt sind, einen Teil seiner Binnenschiffahrt, und zwar entsprechend den berechtigten Bedürfnissen der beteiligten Parteien, abtreten soll, ist nunmehr auch ein Schiedsspruch durch den amerikanischen Schiedsrichter bezüglich der Schiffsabtretung auf der Oder gefällt worden. Obgleich die deutsche Regierung in zahlreichen Denkschriften und Verhandlungen den Standpunkt vertreten hat, daß eine Schiffsabtretung auf der Oder nicht in Betracht kommen könne, insbesondere weil im Gegensatz zu den anderen internationalisierten Strömen Rhein, Elbe und Donau die schiffbare Oder ausschließlich auf deutschem Gebiete verläuft, sind nach dem Schiedsspruch doch alsbald abzutreten: an die Tschechoslowakei 35 700 Tonnen Kahnraum, 5685 PS. Schleppkraft sowie ein Liegeplatz in Oppeln; an Polen 40 700 Tonnen Kahnraum, 4890 PS. Schleppkraft, sowie ein Liegeplatz in Küstrin.

** **Sommerurlaub des Reichskanzlers.** Reichskanzler Dr. Wirth wird sich nach Beendigung der Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß Mitte nächster Woche zu einer längeren Sommererholungsurlaub nach Süddeutschland begeben.

** **Landarbeiterstreik in der Altmark.** Wie die „Magdeburgische Zeitung" meldet, ist in den Kreisen Stendal, Osterburg, Gardelegen und Wolmirstedt bei Lohnstreitigkeiten ein Landarbeiterstreik ausgebrochen.

** **Der diesjährige Parteitag der U. S. P. D.** Der ordentliche Parteitag der U S. P. D., der sich vor allem auch mit der Frage der Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien zu beschäftigen haben wird, ist auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Zentralleitung der Parteien für Sonntag, den 1. Oktober d. Js., nach Gera einberufen worden. Er wird also bereits 8 Tage nach Schluß des diesjährigen S. P. D.-Parteitages beginnen.

# Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, den 26. Juli.

## Ein neuer Fortschritt der einheimischen Industrie.

Mit Freude ist die Nachricht über ein neues einheimisches, ausgezeichnetes Mittel zur Reinigung, Auffrischung und Konservierung von Leder aller Art und seiner Imitationen, z. B. von Sätteln und Autos, zu begrüßen. Dieses Produkt mußte man bisher unter dem Namen „Sattelseife" für bedeutend Summen vom Ausland beziehen. Das chemische Laboratorium „Korso" in Posen, St. Martin 37, begann mit der Herstellung dieses notwendigen Mittels und brachte es unter der Marke „Korso" in den Handel. Garantie für die Güte der chemischen Zusammensetzung bei bedeutend mäßigeren Preisen als im Ausland ist gegeben. Deswegen muß die Ware das lebhafteste Interesse bei unserer Bevölkerung, besonders in den Kreisen der Landwirte und des Militärs erwecken.

# **Vorsicht bei Unterschriften.** Ehe man ein Schriftstück unterschreibt, mag es sich dabei um einen Ehe-, Miets- und Kaufkontrakt, mit dem Renten, Verklausierungen verbunden sind, um die Eintragung oder Kündigung einer Hypothek, um ein Testament, eine Bürgschaft, Versicherung, kurzum um irgendein schriftliches Abkommen handeln, lese man das Dokument aufmerksam und gründlich durch und unterschreibe es erst dann, wenn man sich über den Inhalt völlig klar geworden und mit der Abmachung einverstanden ist. Es ist sehr unvorsichtig, etwas zu unterzeichnen, ohne diese Vorsichtsmaßregel befolgt zu haben — nur zu oft sind es wohl auf sich allein angewiesene, nervöse, zerstreute, oberflächliche, leichtsinnige Frauen, die ihren Namen unter ein Schriftstück setzen, über dessen Inhalt sie sich gar nicht oder nur ungenügend unterrichtet haben. Diese Frauen bedenken nicht die Tragweite, die eventuellen Folgen, die ihre Nachlässigkeit nach sich ziehen könnte. Dann wäre es nicht möglich, daß ein solches Schriftstück Unklares und Zweideutiges, Fehler und Irrtümer oder gar betrügerische Abmachungen enthielte. Für das, was man unterschrieben hat, ist man verantwortlich, dafür muß man einstehen. Die Unterschrift verpflichtet. Sie ist nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch durchaus rechtskräftig und kann oft nur mit den größten Schwierigkeiten, Geld- und Zeitverlusten, Unannehmlichkeiten aller Art, als Ärger und Verdruß, zuweilen überhaupt nicht wieder rückgängig gemacht werden. Pilatus hat schon gesagt: „Was ich geschrieben habe, das habe ich geschrieben". Diese Worte sollte man ganz besonders beherzigen, wenn es sich darum handelt, ein Schriftstück zu unterzeichnen.

# **Neue Eilzüge Posen—Kattowitz—Lemberg.** Vom 1. August d. Js. ab werden auf der Strecke Posen—Kempen—Kattowitz—Krakau—Lemberg neue Eilzüge (409/410) in den Verkehr gesetzt. Der Fahrplan ist folgender: Abfahrt Posen 8 Uhr 50 Min., Ankunft Krakau 6 Uhr, Abfahrt 7 Uhr, Ankunft Lemberg 1 Uhr 55 Min. Retourzüge Abfahrt Lemberg 2 Uhr 30 Min., Ankunft Krakau 9 Uhr 25 Min., Abfahrt 10 Uhr 5 Min., Ankunft Posen 6 Uhr 55 Min. Der erste Eilzug Nr. 410 fährt von Posen am 31. Juli, aus Lemberg am 1. August abends ab.

X **Verlängerung der Wechseltermine in Polen.** „Dziennik Ustaw" Nr. 47 bringt eine Verordnung, auf Grund deren die Termine zum Aufruf der Indossanten und zur Verwirklichung des Regreßrechtes auf Wechsel, die vor November 1915 bis Juli 1922 ausgestellt wurden, auf Grund der Verordnung des Ministerrats bis zum 1. Januar 1923 verlängert werden.

X **Maschinenlieferung Schwedens an Polen.** Svenska verktygsmaskinfabrikers exportaktiebelag in Stockholm, die das Ausfuhrverkaufsbureau für die führenden schwedischen Werkzeugfabriken darstellt, hat in diesen Tagen nach jahrelanger Unterhandlung einen Kontrakt über die Lieferung von Werkzeugmaschinen nach Polen für eine Summe von 1 200 000 Kronen abgeschlossen. Käufer ist die erste in Polen begründete Lokomotivfabrik.

X **Die Macht der „Liebe".** Die Verwaltung der Provinzial-Frauenklinik bzw. der Hebammenlehranstalt hat sich genötigt gesehen die das große Institut in der Feldstraße umfassenden sehr hohen Mauern mit undurchdringlichem Stacheldraht von einem halben Meter Höhe zu versehen, um den Frauen und Mädchen den unerlaubten Ausgang, den Bewohnern der benachbarten Kasernen aber den Zugang unmöglich zu machen.

a. **Lebensrettung.** Am Sonntag abend gegen 7 Uhr hat der Prokurist der Firma „Złota Kula", Richard Mendelson aus Breslau, in Puszczykowo unter eigener Lebensgefahr eine verheiratete Frau vor dem Tode des Ertrinkens gerettet.

# **Einem Schwindler** ist eine leichtgläubige Frau zum Opfer gefallen. Der Schwindler gab mit dem treuherzigsten Gesichte der Welt vor, von dem Manne der Betreffenden den Auftrag bekommen zu haben, Fleisch und andere Waren einzukaufen. Zu diesem Einkauf gab ihm die Frau nun 4000 M., womit der Einkäufer auf Nimmerwiedersehen verschwand.

# **Taschendiebstähle.** Im Wartesaal 4. Klasse ist einem gewissen Herrn Josef M. aus Thorn seine Brieftasche mit 13 000 M. entwendet worden. — Auf einem Bahnsteig ist einem gewissen Herrn Stefan K. aus Warschau ebenfalls die Brieftasche, die aber etwas mehr enthielt (25 000 M.), von Langfingern aus der Tasche geholt worden.

# **Verschiedene Diebstähle.** Einer Frau, Chwaliszewo (Wallischei) 69, ist eine Waschwanne und eine Korbflasche im Gesamtwert von 10 000 M. gestohlen worden. — Aus einem Bäckerladen in der ul. Półwiejska (Halbdorfstraße) 16 sind 60 Kilogramm Weizenmehl 000 im Werte von 15 000 M. verschwunden. Der Täter oder die Täter sind in den Laden durch Einschlagen einer Scheibe eingedrungen. — Aus dem Möbelgeschäft Św. Marcin (St. Martinstraße) 4 wurde mittels Einbruchs ein Spiegel im Werte von 15 000 M. entwendet. — Einem Kartoffelbesitzer in Gurtschin sind 25 Kilogramm Kartoffeln im Werte von 1700 M. gestohlen worden.

# **Festgenommen** wurden: 4 Personen wegen Trunkenheit, 8 Prostituierte, 3 Personen wegen Diebstahls und 1 Person auf Verlangen des Staatsanwalts.

* **Inowrocław, 24. Juli.** Seit vergangenem Sonntag wird ein 17jähriges Mädchen von seinen Eltern vermißt. Sie löste an jenem Tage auf der Station Gniewkowo eine Fahrkarte nach Toruń, um nach Bobowa (im Kreise Grybow in Kleinpolen) zu reisen, ist aber an dem Bestimmungsort nicht eingetroffen. Mitteilungen über ihren Verbleib sind an Jakob Duda in Glino Wielkie, Post Osiek, Kreis Inowrocław, zu richten. Die Vermißte, welche Jozefa Warzechówna heißt, ist eine Blondine von mittlerer Größe und hat große, blaue Augen. Sie ist mit einem blaugeblümten Kattunkleid, einem dunkelblauen Jackett mit Gürtel und mit auf den Kragen aufgenähten Blumenmustern, sowie mit schwarzen Schuhen und Strümpfen bekleidet und war mit einem gelben Reisekoffer versehen, in dem sie einen weißen und einen schwarzen Schal mit sich führte.

* **Bromberg,** 24. Juli. Am 17. d. Mts. wurde hier der zwölfjährige (!), aus Wilna stammende Boleslaus Szysko festgenommen. Er hatte dem Landwirt Aganasoczi, wohnhaft in Huta, Kr. Lida, 300000 Mark gestohlen.

* **Graudenz,** 24. Juli. Abends im Zuge 11,15 von Graudenz ist einer Dame, welche von einer größeren Engrosfirma nach Dirschau geschickt war, ein ledernes Täschchen mit ca. 57000 Mark Inhalt, einer goldenen Damenuhr und Armband nebst sämtlichen Papieren entwendet worden. Da die betreffende Dame den Diebstahl noch vor Gruppe bemerkte, konnten die Anwesenden im Zuge, auf welche der Verdacht fiel, einer Kontrolle unterzogen werden. Leider sind die Diebe schon hierauf vorbereitet gewesen und haben das Täschchen samt dem Inhalt durchs Fenster oder den Abort ins Freie geworfen, um es später aufzusuchen. Infolge der nicht beleuchteten Eisenbahnwagen ist den Dieben ihr Handwerk erleichtert. Da die betreffende Dame ohne jeden Pfennig Geld dastand, konnte sie von Laskowitz nicht weiterfahren. Durch gute Menschen wurde ihr mit Reisegeld ausgeholfen.

* **Dirschau, 24. Juli.** Große Erfolge hat die reinblütige Rambouillet-Stammschäferei Narkowy, Kr. Dirschau, zu verzeichnen. Sie hat, 1864 begründet, seinerzeit Preise in Paris, Charkow und anderen Ausstellungen erhalten. Schäfereidirektor Starnowski-Toruń, welcher zum jetzigen Züchter von der Pomorska Izba Rolnicza ernannt worden ist, hat bereits einen Posten Böcke für 100 000 bis 300 000 M. pro Stück für seine Herden in Kongreßpolen angekauft. Auch erwarb Schäfereidirektor Alkiewicz-Poznań einen Elitebock für 500 000 M. und zwei Böcke zu 200 000 M.

### Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Tomaschow,** 26. Juli. Im Mai wandte sich der Klassenverband der Textilarbeiter an den Verband der Industriellen mit der Forderung, die Löhne für die Arbeiter, die an den Selfaktoren beschäftigt sind, zu erhöhen oder aber die Zahl der Arbeiter zu erhöhen. Da die Fabrikanten die Forderungen ablehnten, traten am 26. Juni die Arbeiter von 7 Fabriken in den Ausstand. Eine Woche später schloß sich auch die Arbeiterschaft der anderen Fabriken dem Streik an. Da es zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern zu einer Verständigung kam, begab sich am 20. Juli Arbeitsinspektor Wojtkiewicz bereits zum zweiten Mal nach Tomaschow, um Schritte zur Beendigung des Streikes zu unternehmen. Er verhandelte zuerst einzeln mit den Fabrikanten und Arbeitern, worauf in einer gemeinsamen Konferenz über die Forderungen beraten wurde. Arbeitsinspektor Wojtkiewicz machte den Vorschlag, an den Selfaktoren dieselbe Anzahl von Arbeitern wie vor dem Kriege anzustellen. Diesen Vorschlag nahmen die Fabrikanten sowie die Vertreter der Arbeiter an, so daß der Streik endlich beigelegt werden konnte.

* **Białystok,** 26. Juli. Der allgemeine Streik in der Textilindustrie ist nach zweiwöchiger Dauer beendet. Die Arbeiten wurden am 24. Juli wieder aufgenommen. Den Arbeitern ist seitens der Fabrikanten eine Lohnerhöhung um 30 v. H. zuerkannt worden.

# Sport und Jagd.

**Ein ungewöhnliches Sportereignis.** Am Sonnabend, dem 29. d. Mts., und Sonntag, dem 30. d. Mts., werden die Mauern unserer Stadt eine Fußballmannschaft aus der Hauptstadt der Magyaren beherbergen. Der Ofenpester S. C. Vasas kommt nach Posen, um gegen den großpolnischen Meister, „Warta", 2 „Football-Matches" auszutragen. Der Uneingeweihte wird sich fragen: „Wie ist es möglich gewesen, eine Mannschaft von Ofen-Pest her nach Posen zu verpflichten?" Wer aber weiß, daß der Trainer von „Warta" selbst ein Ungar ist, der wird den Zusammenhang verstehen. Ihm, dem Trainer, hat es also unsere Posener Sportgemeinde in erster Linie zu verdanken, wenn Posen da draußen auf dem Sportplatz an der Pionierkaserne sehen wird, wie die Elite der „Footballmen" die Sportarena beschreitet.

# Neues vom Tage.

§ **Die unsichere Lage auf dem Lodzer Markt.** Die sich in die Länge ziehende Regierungskrisis übt einen schlechten Einfluß auf Industrie und Handel aus. Der hohe Kurs der ausländischen Valuten und die Unsicherheit, daß dieser Kurs beibehalten wird, bewirken, daß die Fabrikanten mit dem Ankauf von Rohstoffen zurückhalten, da das Steigen des Dollars ebenfalls eine Verteuerung der Rohstoffe herbeiführte. Verschiedene Fabriken erhöhten bedeutend ihre Preise, was wiederum den Absatz der Waren schädigt, weil die Kaufleute mit dem Ankauf zurückhalten, da sie Verluste befürchten. Hemmend wirkt auch der Mangel an Bargeld — und wenn es so weiter geht, werden viele Firmen genötigt sein, ihre Zahlungen einzustellen. Textilwaren können in Lodz nur gegen bar und nur in einigen Firmen angekauft werden. Spinnereien, die für die laufenden Zahlungen über Bargeld verfügen, wollen überhaupt keine Textilwaren verkaufen, sie behaupten, daß nach dem heutigen Dollarskurs allein die Rohware, welche im Gewebe enthalten ist, soviel kostet, wie der Marktpreis beträgt. Die Ferienzeit ist den Industriellen sehr angenehm, da sie die Produktion beschränkt, deren Absatz heute große Schwierigkeiten macht.

§ **Der Wucher in den Kaffeehäusern von Lemberg.** In einer der Lemberger Zeitungen lesen wir folgendes: Oftmals schon wurde davon geschrieben, noch öfter davon gesprochen, unzählige Male an das Amt zur Wucherbekämpfung appelliert, aber — alles blieb beim Alten. Die Kaffeehäuser nützen weiter in unmenschlicher Weise das geduldige Publikum aus. Vor kurzem gingen bei der Polizei eine Reihe von Anzeigen ein, nach denen in den Kaffeehäusern 190 Mark für ein Glas Sodawasser mit Saft gezahlt wird; 4½ Dkg. Schinken kosten 300 polnische Mark, eine kleine Brotschnitte mit Butter 100 bis 120 Mark. Wir wollen weiterhin an niemanden appellieren, weil die Einflüsse der Kaffeehausbesitzer, wie es scheint, stärker sind als die berechtigten Forderungen des Publikums; wir beschränken uns einzig und allein auf die Feststellung der an sich traurigen Tatsache, daß sich in Lemberg niemand fand, der den Mut hätte, dem Eigenwillen der Wucherer ein Ende zu machen.

§ **Die Bischofsweihen in Lettland.** Unter großen Feierlichkeiten fanden am 15., 16. und 17. d. Mts. in Riga die Weihen der beiden lettländischen evangelisch-lutherischen Bischöfe, des lettischen, Pastor Irbe und des deutschen, D. Poelchau, statt. Zu der Feier waren erschienen: der schwedische Erzbischof D. Natan Söderblom-Upsala, der die Weihen vollzog, der estländische Bischof Kukk und sein deutscher Senior: Generalsuperintendent Burghardt-Berlin, Vertreter von Finnland, Litauen, und eine große Anzahl von Geistlichen aus dem ganzen Lande.

# Handel, Gewerbe und Verkehr.

## Kurse der Posener Börse.

| Offizielle Kurse: | 25. Juli | 26. Juli |
|---|---|---|
| 4proz. Präm.-Staatsanl. (Miljonówka) | —,— | 140 + A |
| Kwilecki, Potocki i Ska. | 290—285 + N | —,— |
| Bank Poznański | 160 + N | —,— |
| Bank Przemysłowców (exkl. Kup.) | 200 + A | 200 + A |
| Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-IX. Em. | 220 + | —,— |
| Arcona | —,— | 350 + |
| R. Barcikowski | 175 + | 185 + A |
| H. Cegielski I.—VIII. Em. | 195—200 + | 210 + N |
| C. Hartwig | —,— | 190 + |
| Centrala Rolników I.—V. Em. | 175 + | 175 + |
| Hurtownia Drogeryjna | 130 + N | —,— |
| Hurtownia Związkowa | 125—120 + N | —,— |
| Herzfeld-Viktorius | 370—375 + | 375 + A |
| Dr. Roman May | 870—880 + N | 890 + A |
| Papiernia, Bydgoszcz | —,— | 210 + N |
| Patria | 500 + A | —,— |
| Sarmatia I.—II. Em. | —,— | 445—450 + |
| Tri (exkl. Kup.) | 180 + A | —,— |
| Bentzki I. Em. | —,— | 580—575 + A |

Auszahlung Berlin 118[7]½—[70]. Umsatz: 2 350 000 dtsch. Mark.
A. = Angebot, N. = Nachfrage, + — Umsatz.

### Posener Viehmarkt vom 26. Juli 1922.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht:

**I. Rinder: A. Ochsen** I. Sorte 21 000—22 000 M., II. Sorte 18 000—19 000 M., III. Sorte 6000—7000 M. **B. Bullen** I. Sorte 21 000—22 000 M. II. Sorte 18 000—19 000 M., III. Sorte 6000 bis 7000 M. **C. Färsen und Kühe** I. Sorte 21 000—22 000 M., II. Sorte 18 000—19 000 M., III. Sorte 6000—7000 M. **D. Kälber** I. Sorte 26 000—28 000 M., II. Sorte 23 000—25 000 M.

**II. Schafe:** I. Sorte 20 000—21 000 M., II. Sorte 16 000 bis 18 000 M.

**III. Schweine:** I. Sorte 45 000—46 000 M., II. Sorte 42 000 bis 43 000 M., III. Sorte 38 000—40 000 M.

Der Auftrieb betrug: 303 Rinder, 369 Kälber, 390 Schafe, 610 Schweine. — Tendenz: sehr lebhaft.

### Berliner Börsenbericht

vom 25. Juli.

| | | | |
|---|---|---|---|
| Diskonto-Komm.-Anleihe | 390.— | Polnische Noten | 8.35 |
| Danziger Priv.-Aktienbank | 239.— | Auszahlung Holland | 19 550.— |
| Ostbank | 204.— | „ London | 2235.— |
| Hartmann Masch.-Aktien | 790.— | „ Neuyork | 500.— |
| Phönix | 1500.— | „ Paris | 4227.50 |
| Schuckert | 750.— | „ Schweiz | 9540.— |
| Hapag | 449.— | Kochlmann-Stärke | 1600.— |
| 3½% Pos. Pfandbriefe | 23.60 | Ungarische Goldrente | 715.— |
| Auszahlung Warschau | 8.40 | | |

= **Die Getreidebörse fällt heute aus.** Die „Agencja Wschodnia" teilt mit, daß wegen Mangels an Umsätzen auf der heutigen Getreidebörse keine Notierungen gemacht worden sind.

= **Danziger Börse** vom 26. Juli. Polnische Mark 8,42½, Dollar 509.